

# **Rheinland-Pfalz. Das Zukunftsprogramm.**

einstimmig verabschiedet auf dem  
Landesparteitag der **CDU** Rheinland-Pfalz  
am 17./18. November 2000 in Mainz

**Für die Menschen. Für Rheinland-Pfalz.**

**CDU**



## Wir bringen Rheinland-Pfalz nach vorn!

**Wir Rheinland-Pfälzer** sind stolz auf unser Land. Auf seine große Geschichte als Region im Herzen Europas, auf seine kulturelle Vielfalt, auf seine reizvollen Landschaften und auf seine Menschen.

Alles, was in den letzten 50 Jahren in diesem Land aufgebaut wurde, haben die Menschen an Rhein und Mosel, an Ahr und Sieg, im Westerwald, dem Hunsrück, der Eifel und der Pfalz durch harte Arbeit erreicht: Die Handwerker, Bauern und Winzer, die Selbstständigen und mittelständischen Unternehmer, die Beamten, Angestellten und Arbeiter im ganzen Land – alle haben ihren Teil beigetragen.

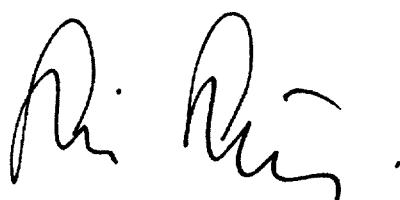
Die Politik hat die Aufgabe, das Bewährte zu sichern und die Zukunft mutig zu gestalten. Davon ist die seit 10 Jahren regierende Koalition aus SPD und F.D.P. weit entfernt. Die Selbstgefälligkeit der Landesregierung bedroht den Fortschritt und vor allem die Arbeitsplätze. Angestiegen sind in der vergangenen Dekade nur die Arbeitslosenzahlen, die Landesverschuldung, der Unterrichtsausfall und die Kriminalität.

Der vollständige Umbruch unserer Lebens- und Arbeitswelt durch die multimediale Revolution ist an den Amtsstuben der Landesregierung bisher spurlos vorübergegangen. Von einer aktiven politischen Gestaltung und dem Willen zur sozialen Verantwortung bei der Ansiedlung neuer Unternehmen, von Initiativen zur Stärkung von Rheinland-Pfalz als zentralem Standort im Herzen Europas, von einer zukunftsweisenden Bildungs- und Hochschulpolitik – von all dem ist nichts zu sehen.

Die 10-Jahres-Bilanz der SPD-geführten Landesregierung ist dürfzig. Der Stillstand in der Politik bedroht jetzt das Erreichte und die Arbeitsplätze der Rheinland-Pfälzer. Der zusammenwachsende Kontinent mit einem gemeinsamen Markt und einer gemeinsamen Währung und über 300 Millionen Bürgern wartet nicht. Wer jetzt nicht die Weichen stellt, verliert den Anschluss.

Wir, die CDU Rheinland-Pfalz, sind mit dem Land vertraut wie keine andere Partei. Wir sind die stärkste kommunale Kraft und kennen die Sorgen der Menschen in Stadt und Land. Im Parlament in Mainz und im Bundesrat werden wir uns für die Interessen der Menschen einsetzen, Verantwortung für Rheinland-Pfalz übernehmen und die Zukunft gestalten. Wir, die CDU, treten ein in den Wettbewerb der Ideen – der Ideen für Morgen.

Deshalb werben wir um die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger und bitten um deren Vertrauen.



**Christoph Böhr**, Landesvorsitzender

**Inhalt:**

	Seite
<b>Wir bringen Rheinland-Pfalz nach vorn!</b>	2
<b>1. Lernen fürs Leben</b>	5
1.1 <i>Die Zukunft beginnt im Klassenzimmer</i>	5
1.2 <i>Unsere Unterrichtsgarantie</i>	5
1.3 <i>Qualitätslernen fördern</i>	5
1.4 <i>Neue Chancen nutzen: Informations- und Kommunikationstechnologien (IT) machen Schule</i>	6
1.5 <i>Schulen und Hochschulen fit machen fürs 21. Jahrhundert</i>	7
1.5.1 Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen	7
1.5.2 Unser Land braucht leistungsfähige Hochschulen	8
1.5.3 Neue Wege in der Hochschulausbildung	9
1.5.4 Lebenslanges Lernen	9
<b>2. Arbeiten in Rheinland-Pfalz – Fortschritt nutzen, Arbeit und Wohlstand schaffen</b>	10
2.1 <i>Wir setzen auf den Mittelstand – für einen starken Standort Rheinland-Pfalz</i>	10
2.2 <i>Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik</i>	11
2.2.1 Netzwerke	11
2.2.2 Illegale Beschäftigung	11
2.2.3 Arbeitszeitflexibilisierung	11
2.3 <i>Fremdenverkehr, Kurwesen, Konversion – Wir entwickeln unsere strukturschwachen Regionen</i>	11
2.4 <i>Datenautobahn und wirtschaftsnahe Forschung – Wir bauen den Technologiestandort aus</i>	12
2.5 <i>Mit leistungsfähigen Verkehrswegen die Infrastruktur verbessern</i>	13
2.6 <i>Wir sind Anwalt der Bauern und Winzer</i>	15
2.6.1 Neue Wege für Rheinland-Pfalz	15
2.6.2 Zukunft für die Winzer in Rheinland-Pfalz	15
2.6.3 Chancengerechtigkeit im Wettbewerb für Rheinland-Pfalz	16
2.6.4 Stärken für Rheinland-Pfalz erhalten – Zukunft gewinnen	16
<b>3. Für eine menschliche Gesellschaft</b>	17
3.1 <i>Solidarisch handeln</i>	17
3.2 <i>Familie stärken</i>	17
3.2.1 Wir holen die Familien aus dem Abseits	18
3.2.2 Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf	19
3.3 <i>Jugend braucht Chancen</i>	20
3.3.1 Jugend ist Zukunft!	20
3.3.2 Perspektiven für die junge Generation	20
3.4 <i>Senioren – Lebenserfahrung anerkennen</i>	21
3.4.1 Aktiv im Alter	21
3.4.2 Anerkennung für die Aufbaugeneration	21
3.4.3 Hilfen im Alter	22
3.5 <i>Ehrenamt macht gesellschaftsfähig</i>	23
3.6 <i>Wir stehen zu den Vereinen</i>	24
<b>4. Mit Sicherheit mehr Sicherheit</b>	25
4.1 <i>Wir machen das Land sicher</i>	25
4.2 <i>Kriminalität verhindern</i>	25
4.3 <i>Kinder- und Jugendkriminalität bekämpfen</i>	26
4.4 <i>Drogenkriminalität bekämpfen</i>	26
4.5 <i>Ziviler Katastrophenschutz hat Vorrang</i>	26

	Seite
<b>5. Lebensqualität verbessern</b>	27
<b>5.1 Gesundheit</b>	27
5.1.1 Gesundheit für alle	27
5.1.2 Balance zwischen Solidargemeinschaft und Eigenverantwortung	27
5.1.3 Mehr Planungssicherheit für Patienten, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen	27
5.1.4 Sicherung qualifizierter Pflegeberufe	28
<b>5.2 Natur und Umwelt</b>	28
5.2.1 Natur- und Umweltschutz verpflichtet	28
5.2.2 Verantwortbare Energieversorgung	29
5.2.3 Naturschutz und Hochwasserschutz ist Lebensschutz	29
5.2.4 Abfall ist Rohstoff	30
<b>5.3 Kultur bracht Konjunktur</b>	30
<b>5.4 Sport</b>	31
<b>5.5 Gemeinsam leben in Rheinland-Pfalz</b>	32
<b>6. Wir sorgen für solide Finanzen</b>	33
<b>7. Bürgergesellschaft verwirklichen</b>	34
<b>7.1 Vom verwalteten Bürger zur Bürgerverwaltung</b>	34
<b>7.2 Mehr Verantwortung vor Ort</b>	34
<b>7.3 Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung</b>	34
<b>7.4 Wir stärken die Regionen</b>	35
<b>7.5 Wir wollen das Geld in den Gemeinden</b>	36
<b>8. Europa unsere Zukunft</b>	37

# 1. LERNEN FÜRS LEBEN

## 1.1 *Die Zukunft beginnt im Klassenzimmer*

Die Kommunikation und die Medientechnologie haben unsere Gesellschaft in wenigen Jahren nachhaltig verändert. An den meisten Arbeitsplätzen hat die elektronische Datenverarbeitung Einzug gehalten, aber auch in immer mehr privaten Haushalten gehören Personal-Computer inzwischen zum Standard. Neue Nutzungsformen für Fernsehen, Computer und Telefon entwickeln sich in atemberaubenden Tempo und führen zu tiefgreifenden Veränderungen im Alltag.

Die Menschen, die von dieser schnellen und umwälzenden Entwicklung betroffen sind, haben oft keine gezielte Vorbereitung auf die neuen Technologien in ihrem Umfeld erfahren. Dabei werden die Anforderungen an die Bedienung und an den Umgang mit den neuen Technologien, an ihre Nutzung und Einbeziehung in den täglichen Arbeits- und Familienalltag immer größer: Mehr denn je sind wir auf dem Weg zur Wissensgesellschaft. Wer nicht über dieses Wissen verfügt, das zunehmend den Charakter einer Zivilisationstechnik wie Schreiben, Lesen und Rechnen erhält, dessen Chancen in unserer Gesellschaft werden immer geringer.

Bildung und Ausbildung werden damit immer wichtiger. Sie sind zunehmend Grundlage für eine individuelle Zukunftssicherung, für die Teilnahme am Arbeitsprozess, für einen angemessenen Platz in der Gesellschaft. Das erfordert eine Veränderung und Anpassung des Bildungsangebotes.

Gerade in bezug auf die Veränderungen durch die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien besteht ein hoher Innovationssbedarf im Bildungswesen. Maßgeblich für die weitere Entwicklung sind ein Mehr an Entscheidungsfreiheiten, ein höheres Maß an Flexibilität, eine stärkere Individualisierung der Lernprozesse, das lebenslange Lernen und das Begreifen und Reagieren auf die Prozesse der Globalisierung und Internationalisierung im wirtschaftlichen und politischen Bereich.

## 1.2 *Unsere Unterrichtsgarantie*

In Rheinland-Pfalz hat sich der strukturelle Unterrichtsausfall dramatisch erhöht, obwohl die Stundentafeln reduziert, die Klassen vergrößert, und die Lehrerarbeitszeit gesteigert wurden. Zusammen mit dem durch Krankheit entstehenden aktuellen Unterrichtsausfalls summiert sich dies an den Schulen vor Ort zu unerträglichen Zuständen. Eltern, Schüler und Lehrkräfte haben zu Recht gegen diese Vernachlässigungen der Schulen in Rheinland-Pfalz demonstriert. Die CDU tritt an, um diesen von den Sozialdemokraten zu verantwortenden Bildungsabbau zu beseitigen.

- **Mit der CDU wird es eine Unterrichtsgarantie geben, damit sich Schüler und Eltern darauf verlassen können, dass der Unterricht regelmäßig und im vorgeschriebenen Umfang stattfindet.**

## 1.3 *Qualitätslernen fördern*

Die 80er und 90er Jahre waren bildungspolitisch geprägt von einer Auseinandersetzung über die äußere Schulreform. Sozialdemokraten haben Raum geschaffen für integrative Schulen als ein angeblich dem gegliederten Schulwesen überlegenes Bildungssystem. Gleichzeitig wurde von vielen die „Spaßschule“ propagiert. Klagen über sinkende Qualifikationen wurden immer lauter und dennoch von den Befürwortern einer derartigen äußereren Schulreform unverdrossen ignoriert.

Vor allem Industrie und Unternehmen klagen seit vielen Jahren über die unzureichende Qualifikation von Schul- und Hochschulabgängern.

Die sichere Handhabung der Grundtechniken, wie Schreiben, Lesen, Rechnen, ist notwendige Voraussetzung, um in der Wissensgesellschaft der Zukunft bestehen zu können. Die Vermittlung von Grundtechniken muss besonders in den Grundschulen, aber auch in den darauf aufbauenden Bildungsgängen geleistet werden. Zu den Grundtechniken treten heute die fächerintegrierte Vermittlung von Medienkompetenz, wie sie durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien möglich wird, sowie angesichts der Internationalisierung das Erlernen von Fremdsprachen. Die Lehrpläne müssen dazu entsprechend überarbeitet werden.

- **Wir wollen die Grundtechniken des Wissens – Schreiben, Lesen, Rechnen – um die zukünftige Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnologien ergänzen.**
- **Wir wollen der Entwicklung Rechnung tragen, dass die Grenzen zwischen den Staaten immer durchlässiger und die Welt dadurch internationaler wird. Wir wollen daher die Vermittlung von Fremdsprachenkenntnissen intensivieren. Wir sprechen uns dafür aus, schon in den Grundschulen mit Fremdsprachenunterricht zu beginnen.**

## **1.4 Neue Chancen nutzen – Informations- und Kommunikationstechnologien (IT) machen Schule**

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IT) werden unsere Gesellschaft weiter verändern und vor neue Herausforderungen stellen. Die Beherrschung von IT ist eine entscheidende Zukunftsvoraussetzung für die Wahrnehmung von Chancen im beruflichen wie außerberuflichen Bereich. Sie ist wesentlicher Faktor für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes. Dabei hat die „Green-Card“-Diskussion die straflichen Versäumnisse im Bildungsbereich der letzten Jahre schlaglichtartig deutlich gemacht. Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, dass Ihnen die Schule das notwendige Rüstzeug für einen verantwortungsvollen Umgang mit den IT vermittelt. Nur so können sie ihre Lebens- und Berufschancen nutzen. Um diese Chancen werden Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz seit Jahren betrogen.

- **Wir wollen, dass in Rheinland-Pfalz Kinder und Jugendliche endlich die bestmögliche Bildung und Ausbildung gerade im Bereich der IT erhalten.**
- **Wir wollen alle Schulen mit Computerlaboren ausstatten und sie zu Innovationszentren ausbauen.**
- **Wir wollen ausreichende Internet-Zugänge für alle rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler schaffen und Internet-Arbeitsplätze in allen Klassenräumen bereitstellen.**
- **Wir wollen die Lehrpläne von der Grundschule bis zur gymnasialen Oberstufe unter Berücksichtigung neuer Lehr- und Lernformen durch die IT reformieren.**
- **Wir wollen die IT-Qualifikation in der Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer an Hochschulen und Studienseminalen verankern.**
- **Wir wollen zeitgemäße berufsbegleitende und berufsspezifische IT-Qualifikation in der Lehrerfort- und -weiterbildung gewährleisten.**
- **Wir wollen die Ausbildung und den Einsatz von IT-Beratern an allen Schulen zur Netzwerkbetreuung und pädagogischen Beratung gewährleisten.**
- **Wir wollen den Fächerkanon an den Berufsbildenden Schulen im Hinblick auf IT-Anforderungen spezifischer Berufsbilder modernisieren.**
- **Wir wollen eine enge Zusammenarbeit mit Firmen der IT-Branche, z.B. zum Einsatz von externen Fachkräften in der Schule, sowie zur Beschaffung der erforderlichen Hard- und Software ermöglichen und fördern.**
- **Wir wollen Modellprojekte zum interaktiven Lernen fördern. Dazu gehört die Entwicklung von Lernprogrammen für einzelne Fächer, einzelne Schularten ebenso wie die verbesserte Kommunikation zwischen Schülern und Lehrern auch der Videokonferenzen von zu Hause aus und der ständige Zugriff auf Wissen und Informationen aus dem Internet.**

Der Einsatz von IT muss zum selbstverständlichen Bestandteil von Schule werden, integriert in den fächerspezifischen Unterricht. Kinder und Jugendliche sollen lernen, die IT zu beherrschen, um sie sinnvoll und kreativ nutzen zu können. Medienkompetenzen sind als neue Schlüsselqualifikationen neben z. B. Lesen, Rechnen und Schreiben zu vermitteln. Benötigt werden Flexibilität, ausgeprägte Bereitschaft zur Teamarbeit und zum ständigen Informationsaustausch, lebenslange Lernbereitschaft und –fähigkeit sowie die Fähigkeit zu selbstständigen Problemlösungen. Kindern und Jugendlichen sind dabei insbesondere Hilfestellungen zur Orientierung in einer ständig zunehmenden Informationsflut zu geben. Sie müssen lernen, sich nicht in künstlichen Welten der IT zu verlieren.

## **1.5 Schulen und Hochschulen fit machen fürs 21. Jahrhundert**

### **1.5.1 Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen**

Bildung muss den Menschen in der Vielfalt seiner Befähigungen im Blick haben. Bildung umfasst mehr als Wissen und Können: Unsere Bildungspolitik orientiert sich an den Schwerpunkten Erziehung und Persönlichkeitsentwicklung, die Vermittlung von Werten als Grundlage für ein selbstverantwortliches und sinnvolles Leben in Familie und Gesellschaft.

- **Wir stehen für die humane Leistungsschule. Alle Kinder und Jugendliche müssen entsprechend ihrer Fähigkeiten und Leistungen gefordert und gefördert werden. Dabei geht es uns vorrangig um die Qualität des Unterrichts und seiner Inhalte sowie um die Effizienz von Erziehung, Bildung und Ausbildung.**
- **Die CDU will Lernmittelfreiheit für alle Schülerinnen und Schüler. Alle sollen einen Rechtsanspruch auf Schulbuchfreiheit haben. Für die CDU Rheinland-Pfalz ist es ein unabdingbares Erfordernis einer familienfreundlichen Politik, die Lernmittelfreiheit einzuführen. Die Lernmittelfreiheit ist eine grundlegende soziale Leistung für die rheinland-pfälzischen Schülerinnen, Schüler und Eltern sowie eine wichtige Voraussetzung für die von uns geforderte Chancengleichheit im Bildungssystem.**
- **Die CDU wird für die Hauptschule ein neues Profil erarbeiten, in dem die Stärkung des praxis- und berufsbezogenen Unterrichts die Lernmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler sowie die Chancen auf einen Ausbildungssplatz verbessert werden sollen.**
- **Die Integrierte Gesamtschule (IGS) als Regelschule hat sich bundesweit nicht bewährt. Bestehende IGS in Rheinland-Pfalz sollen künftig als Angebotsschulen weitergeführt werden. Integrierte Schulen können das schulische Angebot dort ergänzen, wo der mehrheitliche Elternwille dies verlangt und eine ausreichende Zahl verbindlicher Anmeldungen vorliegt.**
- **Wir wollen mehr Selbständigkeit für die Schule vor Ort, um die Motivation der Handelnden zu steigern, die Flexibilität zu erhöhen und damit die Effizienz der Schulen weiter zu steigern.**
- **Die CDU wird eine Reform der Lehrerausbildung durchsetzen. Dabei sind stärker als bisher Bezüge zur Praxis herzustellen. Die Lehrkräfte sind so auszubilden, dass sie Medienkompetenz fächerintegriert vermitteln können. Ein sogenannter Multimediaführerschein ist im Studium zu erwerben.**
- **Wir wollen das Angebot der betreuenden Grundschule ausweiten und vermehrt offene Ganztagschulen einrichten.**
- **Wir fördern eine gewalt- und suchtfreie Schule. In sozialen Brennpunkten ist eine größere Zuweisung von Lehrern und nach Bedarf auch anderer Fachkräfte zu gewähren, um zusätzliche pädagogische Betreuungskonzepte umsetzen zu können.**
- **Wir wollen die Berücksichtigung des Elternwillens, und eine zeitnahe Korrekturmöglichkeit durch die Schule.**

- **Kindern muss die Möglichkeit gegeben werden, Leistungsfähigkeit zu entwickeln und Leistung zu erfahren. Wir wollen deshalb die Notengebung auch in der dritten und vierten Klasse der Grundschule beibehalten, um Schülern und Eltern einen schnell zu erfassenden Überblick über den gegenwärtigen Leistungsstand zu vermitteln.**
- **Wir werden mit Fachkräften der Früherkennung und Frühförderung klären, wie Kinder mit Wahrnehmungsstörungen möglichst früh erkannt, behandelt und Lehrerinnen und Lehrer besser über festgestellte Störungen informiert werden können.**
- **Wir wollen hochbegabte Kinder frühzeitig fördern, damit auch sie eine ihrem geistigen Potential entsprechende Entwicklungsmöglichkeit haben.**
- **Wir wollen die behinderten-pädagogische Förderung flächendeckend unterstützen. Dabei ist so viel Integration mit nichtbehinderten Kindern wie möglich zu praktizieren, soweit die jeweils gleichen Lernziele erreicht werden können. Die Struktur der besonderen Förderung mit den vielfältigen Formen der Förderschule ist zu stärken und dem spezifischen Bedarf anzupassen.**
- **Zur Verdeutlichung der Schulprofile und zur Stärkung des Leistungsgedankens spricht sich die CDU für Abschlussprüfungen in allen Bildungsgängen aus, die zur qualifizierten Sekundarstufe I, zur Fachhochschulreife und zur allgemeinen Hochschulreife führen. Wir streben für die Zukunft das Zentralabitur an.**
- **Die Erziehung zu Toleranz und Verantwortung braucht ein gemeinsames Fundament von Werten. Deshalb ist eine Wertorientierung und eine Erziehung zu Werten unverzichtbar.**
- **Das primäre Erziehungsrecht, das zugleich Erziehungspflicht bedeutet, liegt bei den Eltern. Schule kann nur im Einklang mit den Eltern erfolgreich erziehen. Allein im Miteinander lebt die Chance, deshalb braucht die Schule eine funktionierende Erziehungspartnerschaft mit den Eltern.**
- **Wir wollen durch eine Straffung und Anpassung der Lehrpläne und durch organisatorische Optimierung erreichen, dass die allgemeine Hochschulreife im Regelfall bereits nach 12 Schuljahren erreicht wird. Dazu sind kleinere Klassen mit mehr Lehrerinnen und Lehrer notwendig. Deshalb werden wir die Verringerung der Zahl der Schuljahre nicht zur Personaleinsparung bei den Lehrerstellen nutzen, sondern wir werden diese Personalreserve dazu nutzen, Klassen zu verkleinern, um die Lehrerrelation zu verbessern.**

### 1.5.2 Unser Land braucht leistungsfähige Hochschulen

Das Hochschulsystem in unserem Land, geprägt von Universitäten und Fachhochschulen, hat sich bewährt und ist national und international anerkannt. Die Hochschulen müssen eine tragende Säule des Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiestandorts Rheinland-Pfalz sein.

- **Wir wollen moderne Universitäten. Wissenschaftliche Ausbildung, Forschung und Innovation sind für Gesellschaft und Wirtschaft zentrale Grundlagen der Zukunftsgestaltung. Sie bestimmen das Wachstum und die Beschäftigung in hochentwickelten Volkswirtschaften.**
- **Wir wollen die Berufung von hervorragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterstützen, um so den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz zu stärken.**
- **Wir wollen die Hochschulen im sich verschärfenden weltweiten Wettbewerb in ihrer verstarkten internationalen Ausrichtung unterstützen. Gleichzeitig wollen wir ihnen ein modernes, flexibles und wirtschaftliches „Wissenschaftsmanagement“ zur Verfügung stellen.**
- **Wir werden der Leitung der Hochschulen mehr unternehmerische Gestaltungsfreiheit geben. Dabei muss es klare persönliche Verantwortlichkeiten und unabhängige interne sowie externe Kontrollen geben.**
- **Wir wollen die Finanzierung des Studiums und des Lebensunterhalts der Studierenden so gestalten, dass Studienwillige nicht vom Studium abgeschreckt und Studierende nicht zum Erwerb durch Nebentätigkeiten gezwungen werden. Eine angemessene Erhöhung der BAföG-Freibeträge und -Fördersätze sowie eine Ausweitung des Stipendienwesens für besonders Begabte sind dafür Voraussetzung.**

- **Wir lehnen die Einführung von Studiengebühren für das Erststudium ab. Wer aber die Regelstudienzeit erheblich überschreitet, wird in Zukunft an den Kosten für das Studium beteiligt.**
- **Wir wollen, dass die Studienbewerber ihre Hochschulen und die Hochschulen ihre Studienbewerber selber auswählen können. Die Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS) muss deshalb in der bestehenden Form abgeschafft werden. Das bestehende System zur Festlegung der Zahl der Studienplätze soll durch Hochschulverträge ersetzt werden.**
- **Wir wollen das Forschungs- und Technologieklima im Land verbessern. Dazu werden wir die anwendungsbezogene Forschung mit Schwerpunktsetzung bei innovativen Technologien in Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen fördern. Gleichzeitig werden wir die Hochschulen bei ihren Bemühungen um wissenschaftliche Weiterbildung und den Auf- und Ausbau berufsbegleitender und berufsintegrierender Studiengänge unterstützen.**
- **Wir werden die Bemühungen der Hochschulen, ihren Studierenden systematisch bei der Existenzgründung zu unterstützen, fördern.**
- **Wir werden unsere Hochschulen bei der Bewältigung der Überlastprobleme unterstützen.**
- **Wir wollen unsere Hochschulen für ausländische Studentinnen und Studenten attraktiver machen. Dazu müssen deutsche Abschlüsse dem internationalen System so weit wie möglich angeglichen werden. Die pauschale Übernahme von Kurzstudiengängen lehnen wir ab.**
- **Wir wollen rechtliche und administrative Hindernisse für ausländische Studierende und Nachwuchswissenschaftler abbauen.**
- **Wir wollen unseren Hochschulen ein europäisches Profil geben und den internationalen Wissensaustausch und den Transfer von Forschungsergebnissen zum Nutzen unseres Landes fördern.**

### 1.5.3 Neue Wege in der Hochschulausbildung

Die Notwendigkeit berufsintegrierender Studiengänge ist allgemein anerkannt. Deshalb sind wir für eine Erweiterung des rheinland-pfälzischen Hochschulangebotes um Berufsakademien.

- **Wir werden uns deshalb für Berufsakademien einsetzen, wie sie sich in anderen Bundesländern bewährt haben. Gerade in Zeiten längerer Ausbildungen sind Berufsakademien sinnvolle Ergänzung in der Ausbildung der Betriebe und Unternehmen.**

### 1.5.4 Lebenslanges Lernen

Wir bekennen uns zu den Prinzipien der Subsidiarität und der Pluralität in der Weiterbildung. Lebenslanges Lernen wird für die individuellen Lebenschancen immer wichtiger. Allgemeine Teilhabe am lebenslangen Lernen wird zunehmend eine Frage des sozialen Ausgleichs.

- **Wir werden das Engagement der Kirchen, Verbände und Sozialpartner sowie der Kommunen für ein flächendeckendes Netz von Weiterbildungsangeboten in unserem Land für alle Altersgruppen unterstützen.**

## 2. ARBEITEN IN RHEINLAND-PFALZ

### – Fortschritt nutzen, Arbeit und Wohlstand schaffen

#### 2.1 *Wir setzen auf den Mittelstand – für einen starken Standort Rheinland-Pfalz*

Jede Regierung muss sich an einem entscheidenden Faktor messen lassen: Kann sie Rahmenbedingungen so setzen, dass den Menschen die Arbeit erhalten bleibt und neue, zukunftsträchtige Arbeitsplätze geschaffen werden? Es wird die wichtigste Aufgabe einer von der CDU geführten Landesregierung sein, die Wirtschaftspolitik für dieses Ziel einzusetzen, Ideen und Initiativen zu entwickeln und den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz in Deutschland und Europa wieder konkurrenzfähig zu machen.

Die CDU hat Rheinland-Pfalz in die Spitzengruppe der Bundesländer geführt. Jetzt erleben wir nur noch Stillstand. Die Zahl der Arbeitslosen liegt erheblich höher als zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme der amtierenden Koalition. Noch wesentlich bedrohlicher wäre die Arbeitsmarktsituation, wenn nicht die benachbarten Bundesländer per Saldo rund 130.000 rheinland-pfälzischen Erwerbstätigen Arbeitsplätze bieten würden.

Ursache dieser Entwicklung ist ein klar unterdurchschnittliches Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft im letzten Jahrzehnt. Von 1990 bis 1998 wuchs das Bruttoinlandsprodukt im Land nur um 10,2 Prozent und blieb damit deutlich hinter dem Produktivitätszuwachs zurück. Es wurden durch den technisch-organisatorischen Fortschritt mehr Arbeitsplätze wegrationalisiert als durch das geringe Wachstum neu entstanden.

- **Wir wollen, dass die Arbeitsplätze in unserem Land gesichert und neue geschaffen werden. Wir wollen die eigene Wirtschaftskraft dauerhaft und nachhaltig stärken und die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Rheinland-Pfalz stoppen. Wir wollen in allen Regionen des Landes attraktive Wirtschaftsstandorte schaffen, um Investitionen anzuziehen und Unternehmensgründungen zu ermutigen.**
- **Der Mittelstand steht als Adressat unserer Wirtschaftspolitik an aller erster Stelle. Wir wollen die Marktbedingungen so gestalten, dass die kleinen und mittleren Unternehmen ihre innovative Stärke, ihre Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, ihre Kundennähe und ihre Reaktionsschnelligkeit optimal einsetzen können. Dabei geht es keineswegs um Schutzzäune für die Unternehmen, sondern vielmehr um ein Freihalten des Marktes von Marktmacht, von Regulierungen und von administrativen Lasten, die die Kleinen stärker treffen als die Großunternehmen.**
- **Wir wollen die Stabilität und Kontinuität des Mittelstandes dadurch erhalten und stärken, dass wir die vielen kleinen und mittleren Familienunternehmen unterstützen. Dazu gehören nicht nur die meisten Selbstständigen, Freiberufler und Personengesellschaften, sondern auch viele GmbH's, in denen die maßgebenden Gesellschafter aus einer Familie stammen. In diesen Familienunternehmen stehen Bestandserhaltung, Zukunftssicherung und die Sorge um die Arbeitsplätze der Mitarbeiter im Mittelpunkt.**
- **Wir werden die Programme zur einzelbetrieblichen Förderung ganz auf kleine und mittlere Unternehmen konzentrieren. Das Mittelstandsförderungsgesetz, das vor rund 20 Jahren von der CDU durchgesetzt wurde, muss auch in Zukunft die wesentliche Grundlage einer betriebsbezogenen Landesförderung bleiben.**
- **Wir werden die unüberschaubare Vielzahl von Förderprogrammen vereinheitlichen und vereinfachen. Es darf nicht länger der Regelfall sein, dass ein Unternehmen, das die für sein Vorhaben möglichen Förderprogramme optimal ausschöpfen will, allein zur Prüfung aller infrage kommenden Varianten und zur Antragstellung einer intensiven Beratung bedarf.**



- Wir werden die Gründung selbstständiger wirtschaftlicher Existenz in Industrie, Handwerk, Handel, Freien Berufen und Dienstleistungen gezielt fördern. Um die Risiken für ein junges Unternehmen zu minimieren und den Erfolg einer Existenzgründungsförderung abzusichern, empfehlen wir eine begleitende betriebswirtschaftliche Beratung während der ersten fünf Jahre.
- Wir wollen den Aufbau von Dienstleistungszentren, die Existenzgründer und junge Unternehmer aus den wachstumsstarken Marktsegmenten – Informations- und Kommunikationstechnologie, Medien sowie Finanzdienstleistungen – stärker fördern. Solche thematisch ausgerichteten Zentren müssen mit Gemeinschaftseinrichtungen auf hohem Standard ausgerüstet sein, deren Nutzung zeitabhängig vergütet wird.
- Wir werden den vielen Familienunternehmen helfen, bei denen der Inhaber in den nächsten Jahren seinen Betrieb aus Altersgründen abgeben muss. Gemeinsam mit den Kammern des Landes wollen wir qualifizierte Beratung verstärkt anbieten.

## **2.2 Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik**

### **2.2.1 Netzwerke**

- Wir werden die Qualifizierungsanstrengungen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ausbauen. Notwendig sind insbesondere Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der überdurchschnittlich hohen Langzeitarbeitslosigkeit. Dazu sind regionale und kommunale Netzwerke zu fördern.

### **2.2.2 Illegale Beschäftigung**

- Die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung muss verstärkt werden.

### **2.2.3 Arbeitszeitflexibilisierung**

- Wir wollen neue Arbeitszeitmodelle erproben, um zusätzlich neue (sozialversicherungspflichtige) Teilzeit-Arbeitsplätze entsprechend den Bedürfnissen von Männern und Frauen schaffen.
- Wir streben Jahres- und Lebensarbeitszeitkonten an, die den Beschäftigten mehr Zeitsouveränität geben.

## **2.3 Fremdenverkehr, Kurwesen, Konversion – Wir entwickeln unsere strukturschwachen Regionen**

Rheinland-Pfalz ist ein vielseitiges Land. Jede seiner Regionen hat ihr eigenes, unverwechselbares Gepräge. Die regionale Strukturpolitik, der Ausbau des Fremdenverkehrs und die Nutzung der Konversion für eine Strukturverbesserung sind die wichtigsten Ansätze für die Entwicklung des strukturschwachen ländlichen Raumes.

- Wir wollen die Zukunftschancen der Regionen verbessern. In Ergänzung zu den nationalen und europäischen Regionalprogrammen wollen wir vor allem die Eigenentwicklung stärken. Wir werden daher ein Landesprogramm auflegen, das auch die überwiegend regional und lokal tätigen Betriebe den überregionalen Unternehmen gleichstellt.

- Wir wollen die regionale Strukturentwicklung ortsnah und raumverbunden gestalten und den Aufbau der Infrastruktur dieser Strukturplanung anpassen. Auch für Gemeinden, die nach der Landesplanung keine zentralörtliche Funktion haben, muss die Ausweisung von Gewerbegebieten möglich sein, wenn sie eine gute Anbindung an leistungsfähige Verkehrsachsen aufweisen und wohnortnahe Arbeitsplätze nicht ausreichend vorhanden sind.
- Wir wollen Landesplanung, Raumordnung und Infrastrukturausbau in einer Hand bündeln.
- Wir sehen in der Entwicklung des Fremdenverkehrs einen der wichtigsten Beiträge für die Zukunft der ländlichen, von der Natur begünstigten Räume. Wir wollen vor allem die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, auch über Kreisgrenzen hinweg, unterstützen. Wir werden vor allem gemeinsame Dienstleistungen rund um den Gast fördern, um zu einem gemeindeübergreifenden Fremdenverkehrsmarketing zu kommen.
- Wir setzen bei der landesweiten Koordinierung der Fremdenverkehrsaktivitäten auf Public-Private-Partnership, also auf ein Zusammenwirken zwischen der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand. Die neu gegründete Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH muss für private Teilhaber geöffnet werden, die öffentliche Hand darf nur Minderheitsgesellschafter sein. Nach einer Anlaufphase soll sich das Land mit einer symbolischen Beteiligung begnügen.
- Wir wollen den Ausbau des Radwegenetzes gezielt vorantreiben. Noch immer gibt es z.B. keinen durchgehenden Radweg im Rheintal, obwohl dies für Radfahrer eine der attraktivsten Strecken wäre, die sich in Deutschland finden lässt.
- Wir wollen für die Probleme der rheinland-pfälzischen Kurorte, die Zukunft haben, individuelle Lösungen erarbeiten. Wir werden vor allem die erste Zuständigkeit des Finanzministeriums für die Staatsbäder ändern und die Lenkung und Planung der Staatsbad-Gesellschaften auf das fachlich kompetente Wirtschaftsministerium übertragen. Sobald ein Staatsbad saniert und zukunftsfähig gemacht worden ist, werden wir eine Privatisierung einleiten.
- Wir werden ein Konzept für große Konversionsliegenschaften entwickeln. In dieses Konzept müssen die Erfahrungen mit den bisherigen Projekten eingehen. Vor allem wollen wir klare Nutzungskonzepte für die Liegenschaften entwickeln und nicht darauf warten, ob sich ein Gesamtinvestor findet, der irgendein Konzept nach eigenen Vorstellungen mitbringt: Eine CDU-geführte Landesregierung wird den Konversionsprozess endlich gestalten und lenken und sich nicht passiv Einzelinteressen unterordnen.
- Wir wollen in dieses Konversionskonzept auch die großen Industrie- und Gewerbebrachen und die frei werdenden Bahnliegenschaften, vor allem Güterbahnhöfe und Rangierflächen, einbeziehen. Wir werden einen Erfolgsvergleich der verschiedenen bisher realisierten oder auf den Weg gebrachten Konversionsprojekte vornehmen, um die effektivsten und für die Strukturentwicklung wirksamsten Konzepte zum Maßstab zu machen.

## **2.4 Datenautobahn und wirtschaftsnahe Forschung: Wir bauen den Technologiestandort aus**

Wirtschaftliches Wachstum, sichere Dauerarbeitsplätze und eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur werden in Zukunft noch mehr vom Innovations- und Entwicklungspotential eines Wirtschaftsstandortes abhängen. Das technologische Profil eines Landes gewinnt immer stärker an Bedeutung.

Die Wirtschaftspolitik kann entscheidenden Einfluss auf die Rahmenbedingungen nehmen, unter denen sich die Technologie eines Landes entwickelt. Das gilt vor allem auch für die Informations- und Kommunikations-Technologie (IT). Sie ist bereits 1985 von einer Expertenkommission, als eine Querschnittstechnologie der Zukunft eingestuft worden.

Doch trotz der weitreichenden Empfehlungen der Expertenkommission hat die IT-Entwicklung in den letzten zehn Jahren in der Technologiepolitik der Landesregierung nur eine bescheidene Rolle gespielt. Auch ein umfassendes Paket von aufeinander abgestimmten Maßnahmen, das die CDU bereits vor drei Jahren vorgelegt hat, wurde von der Landesregierung nicht aufgegriffen. Erst in jüngster Zeit hat sie einzelne Vorschläge auf den Weg gebracht.

- **Wir wollen den Aufbau einer modernen IT-Infrastruktur, die Vernetzung und die verbesserte Ausstattung der Kommunen, die zeitgemäße Ausrüstung der Schulen und Hochschulen und Zugangsmöglichkeiten der Wirtschaft zu einem Hochleistungsnetz. Unser Konzept „Rheinland-Pfalz online“ ist ein durchfinanziertes Programm für die Entwicklung des Multimediamultistandortes Rheinland-Pfalz.**
- **Wir wollen eine zentrale Koordinierung und Planung der IT-Aktivitäten der Landesregierung anstelle der Verzettelung von Geldern und Kompetenzen. Wir werden einen „Landeskoordinator Multimedia“ einsetzen.**
- **Wir wollen als wichtigste Maßnahme den Aufbau einer hochmodernen und leistungsfähigen Netzstruktur. Wir werden das vorhandene, nur für den Behördenverkehr konzipierte Rheinland-Pfalz-Netz zu einem Breitband-Kommunikationsnetz aufrüsten, zu dem auch private Haushalte und die Wirtschaft Zugang erhalten. Wir werden schnelle Kreis- und Stadtnetze mit ausreichender Kapazität in das landesweite Hochgeschwindigkeitsnetz integrieren und damit ein flächendeckendes Nutzungsangebot erreichen.**
- **Wir werden ein Sonderprogramm „Breitbandnetz Städte und Gemeinden“ auflegen, über das wir eine Breitbandanbindung aller Gewerbegebiete und aller Technologie- und Gründerzentren vornehmen. Wir wollen auch die Universitäten und Fachhochschulen über Netzknoten an das landesweite Netz anbinden.**
- **Wir wollen unsere Technologiepolitik darauf richten, das große Potential an Forschungsergebnissen und an Wissen, das an den Hochschulen des Landes, in den Instituten und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen vorhanden ist, für die Wirtschaft nutzbar zu machen. Der Wissens- und Technologietransfer aus den Hochschulen des Landes erreicht nur Bruchteile der rheinland-pfälzischen Unternehmen. Die technischen Universitäten in Aachen, Darmstadt, Siegen und Karlsruhe sind für einen weit größeren Teil unserer Unternehmen Ansprechpartner als die Hochschulen des Landes.**
- **Wir werden durch klare Prioritäten die knappen Mittel des Landes für solche Bereiche einsetzen, die für die strukturelle Entwicklung des Landes und seiner Wirtschaft erstrangige Bedeutung haben. Wir werden vor allem darauf achten, dass die mit hohen Mitteln geförderten wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen einen Beitrag dazu leisten, dass sich aus ihren Mitarbeitern durch Existenzgründungen junge, technologieorientierte Unternehmen bilden können und dass ihr Output für die Wirtschaft nutzbar ist.**

## 2.5 **Mit leistungsfähigen Verkehrswegen die Infrastruktur verbessern**

Rheinland-Pfalz muss an die konsequente Erschließung des Landes mit modernen Verkehrswegen anknüpfen, die eine unerlässliche Voraussetzung für die günstige wirtschaftliche Entwicklung des Landes vom Ende der 60er bis Ende der 80er Jahre war. Der Bau der Eifel-Autobahn A 48 und der Hunsrück-Autobahn A 61 zwischen Koblenz und Alzey sowie der Ausbau der A 3 durch den Westerwald waren Meilensteine für den wirtschaftlichen Aufschwung der angrenzenden strukturschwachen Regionen.

Die Visionen der CDU, die die wirtschaftliche Zukunft des Landes durch einen Anschluss an das europäische Fernstraßenetz sichern wollte und dies konsequent umsetzte, sind in den letzten zehn Jahren steckengeblieben. In dieser Zeit sind nur ein paar Kilometer Autobahn zwischen Alzey und Kaiserslautern und ein paar kurze Autobahnzubringer neu gebaut worden.

Parallel zu den Defiziten im Fernstraßenbau wird auch der Schienenverkehr immer unattraktiver. Die Deutsche Bahn soll in ein wettbewerbsfähiges Unternehmen umgewandelt werden, das sich am Markt

und in der Konkurrenz zu anderen Verkehrsträgern behaupten muss. Die schwierige und lange Übergangsphase hat zu einem konzeptionslosen Leistungsabbau und zu einer Vernachlässigung der Infrastruktur geführt. Auch in Rheinland-Pfalz wird das Angebot ausgedünnt, viele dringend notwendige Strecken werden immer schlechter bedient und Land und Kommunen müssen immer tiefer in die Tasche greifen, um von der Deutschen Bahn aufgegebene Strecken für private Betreiber wieder verkehrsfähig zu machen und die Fernverkehrsinfrastruktur des Landes auf Straße und Schiene wieder auf ein hohes Niveau anzuheben.

- **Wir wollen endlich die Regionen Trier/Mosel/Eifel und Hunsrück mit dem Rhein-Main-Gebiet verbinden. Ebenso muss die Anbindung dieses Raumes nach Luxemburg und zu unseren französischen Nachbarn hin erfolgen. Wir werden mit Nachdruck darauf dringen, dass diese Verkehrsachse, die gleichzeitig auch den Entlastungsflughafen Hahn mit dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen verknüpfen wird, zu einer leistungsfähigen Verbindungsstrecke ausgebaut wird.**
- **Wir wollen den Mainzer Ring, entscheidender Engpass bei der Verknüpfung weiter Teile des Landes mit dem Ballungsraum Rhein-Main, beschleunigt ausbauen. Dem Ausbau kommt wegen der Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens und der Verkehrsachse Frankfurt zum Flughafen Hahn höchste Priorität zu.**
- **Wir werden den Bau von Landesstraßen und die Instandhaltung des Straßennetzes vorantreiben. Die Einrichtung von Güterverkehrszentren zur Verknüpfung von Schiene, Straße und Wasserwegen werden wir so schnell wie möglich angehen.**
- **Wir wollen die Qualität der Landesstraßen wieder auf das Niveau heben, das unter den CDU-geführten Landesregierungen erreicht worden war. Wir wollen nicht hinnehmen, dass der ständig schlechter werdende Zustand der Landesstraßen dazu führt, immer mehr Strecken wegen schlechten Straßen- und Brückenzustands sperren oder den Verkehr einschränken zu müssen.**
- **Wir wollen gemeinsam mit der Deutschen Bahn eine auf die Zukunft gerichtete Konzeption für den Schienenverkehr entwickeln.**
- **Wir werden den Anschluss des Landes an den Schienenfernverkehr in dieses Konzept einbringen. Die ICE-Strecken Köln-Montabaur-Rhein/Main und Mannheim-Kaiserslautern-Paris sind für das Land und seine wirtschaftliche Zukunft lebenswichtig. Die Bedeutung des Knotenpunktes Mannheim ist als Anlauf- und Verteilungsstelle für den Verkehr aus der Pfalz unverzichtbar. Wir werden mit aller Konsequenz und mit allem Nachdruck eine Abstufung des Fernverkehrsknotens Mannheim zu verhindern suchen.**
- **Wir wollen die Lücke der linksrheinischen Strecke Köln-Straßburg in der Südpfalz endlich schließen. Auf französischer Seite sind bereits alle Vorleistungen erbracht: Die Schienstrecke führt kreuzungsfrei auf direktem Wege von Lauterburg nach Straßburg. Mit dieser durchgehenden Strecke, die die vier europäischen Zentren, Brüssel, Frankfurt, Luxemburg und Straßburg, aneinanderbindet, kann einem drohenden Bedeutungsverlust der Rheinstrecke zwischen Bonn und Ludwigshafen entgegengewirkt werden, wenn die ICE-Strecke über den Westerwald den Fernverkehr entlang des Rheins entscheidend ausdünnnt.**
- **Wir wollen im öffentlichen Personennahverkehr Fehlentwicklungen korrigieren. Zwar sind die Verkehrsverbünde mit ihren Umsteigemöglichkeiten, mit der Fahrt mit einem Fahrschein und einem Fahrpreis in einer Verkehrszone („Wabe“) insgesamt ein Fortschritt. Daneben aber wollen wir erreichen, dass es wieder preiswerte Einzelfahrscheine und Zeitkarten für diejenigen gibt, die von Ort zu Ort nur mit einem Verkehrsmittel fahren wollen.**
- **Wir werden ein professionelles und kundennäheres ÖPNV-Management entwickeln, um den öffentlichen Personennahverkehr zu verbessern. Dabei sind wir uns bewusst, dass jede Förderung des ÖPNV in Teilen des ländlichen Raumes nur eine Ergänzung zum Individualverkehr sein kann und flächendeckend nicht finanzierbar ist.**
- **Wegen der überlasteten Straßen muss mehr Güterverkehr auf andere Verkehrsträger verlagert werden: Im Bereich des Schiffsverkehrs hat Rheinland-Pfalz günstige Voraussetzungen. Mit dem Rhein – der größten Wasserstraße Europas – und der Mosel bieten sich zwei große schifffbare Wasserstraßen zur Nutzung als Verkehrswege an. Erforderlich ist aber, dass die rheinland-pfälzischen Häfen verstärkt ausgebaut und zu Verkehrsumschlagsplätzen entwickelt werden.**

## 2.6 **Wir sind Anwalt der Bauern und Winzer**

Zweidrittel aller Rheinland-Pfälzer leben in Kleinstädten und Dörfern. Unser Land ist geprägt durch die ländlichen Räume mit ihrer vielfältigen Natur und ihrer über Jahrhunderte sorgsam gepflegten Kulturlandschaft. Generationen haben daran gearbeitet. Einen besonderen Anteil an dieser Leistung haben die Land- und Forstwirte sowie die Winzer.

Die Menschen auf dem Lande sind bereit, sich neuen Herausforderungen zu stellen. Wir wollen ihnen dabei helfen. Der ländliche Raum ist ein Zukunftsmodell. Deshalb wollen traditionelle Erwerbsquellen aus der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, aus Garten- und Weinbau und Sonderkulturen erhalten und stärken. Sie sind im ländlichen Bereich wichtige Wirtschaftsfaktoren und geben vielen Familien Einkommen und Arbeit. Bauern und Winzer brauchen Zukunftsperspektiven.

Darum fordert die CDU für Bäuerinnen und Bauern, Winzerinnen und Winzer eine durchgreifende Verbesserung der Einkommenssituation und eine Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. Die bäuerliche Landwirtschaft mit leistungsfähigen, marktorientierten und umweltverträglichen Betrieben ist Leitbild unserer Politik.

- **Wir bekräftigen den Anspruch der Landwirte und ihrer Familien auf eine verlässlich konzierte, dauerhafte soziale Absicherung ihrer Existenz. Deshalb muß auch die Last der Rentenempfänger in der Berufsgenossenschaft durch den Bund finanziert und gesetzlich abgesichert werden.**
- **Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die wettbewerbverzerrenden Beschlüsse zur Steuer, Ökosteuer, Dieselölbeihilfe sowie in der Sozialversicherung zu revidieren.**
- **Wir setzen uns auf Bundesebene für die zügige Einführung einer Vorruhestandsregelung für Landwirte und Winzer ab 55 Jahren ein, deren Kosten zur Hälfte über die Europäische Union kofinanziert werden können.**

### 2.6.1 **Neue Wege für Rheinland-Pfalz**

Entwicklungen in und für die Zukunft werden nur vor dem Hintergrund einer intakten, leistungsfähigen und flächendeckenden Landwirtschaft möglich sein.

**Deshalb wird eine von der CDU-geführte Landesregierung**

- **die bestehenden landesspezifischen Wettbewerbsnachteile für die rheinland-pfälzische Land-, Wein- und Forstwirtschaft Schritt für Schritt zurückführen,**
- **die Stärken der rheinland-pfälzischen Land-, Wein- und Forstwirtschaft ausbauen und der Bedeutung des ländlichen Raumes im Rahmen eines künftigen Zuschnitts der Ministerien stärker Rechnung tragen,**
- **ein Kulturlandschaftsprogramm auflegen, um die Bewirtschaftung in landschaftsprägenden Bereichen dauerhaft zu sichern.**

### 2.6.2 **Zukunft für die Winzer in Rheinland-Pfalz**

Die Winzer sind einem immer stärkeren Wettbewerb ausgesetzt. Zukunftsperspektiven und Strukturerstellungen wurden von der rot-gelben Landesregierung nicht entwickelt.

**Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung sich dafür einsetzen,**

- **dass für den rheinland-pfälzischen Wein ein unverwechselbares Profil aufgebaut wird,**
- **dass Hilfen und Förderung zur Schaffung qualitätsorientierter Produktlinien erfolgen,**
- **dass die Förderung von wettbewerbsfähigen Vermarktungsstrukturen stärker unterstützt wird,**
- **dass die Unterstützung von marktorientierten Partnerschaftsverträgen gefördert wird.**

### **2.6.3 Chancengerechtigkeit im Wettbewerb für Rheinland-Pfalz**

Die CDU wird den Naturschutz ausgewogener gestalten und die heute auf Kosten der Bauern ausgerichtete Politik beenden.

Für Umweltanforderungen, die über die gute fachliche Praxis hinausgehen, setzt sich die CDU für eine Verankerung von Ausgleichsansprüchen im Landespfllegegesetz ein.

Die CDU sieht in unseren Landwirten und Winzern nicht nur die Hersteller von Nahrungsmittel. Sie leisten mit ihrer Arbeit gleichzeitig einen Beitrag zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft und zum Umweltschutz, der von keiner anderen Seite in vergleichbarer Weise geleistet werden kann. Die Landwirte nehmen damit eine gesellschaftliche und ökologische Aufgabe wahr, die bisher nur in wenigen Fällen abgegolten wird.

- **Wir wollen daher umweltwirksame Zusatzleistungen der Landwirtschaft honorieren, damit sich ein umweltschonender und naturnaher Anbau sowie die Pflege der Landschaft auch lohnt.**
- **Wir wollen zeitlich, räumlich und inhaltlich die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für den Vertragsnaturschutz flexibler gestalten.**
- **Wir wollen die Grundsteuer „A“ für landwirtschaftliche Einheiten grundsätzlich abschaffen.**

### **2.6.4 Stärken für Rheinland-Pfalz erhalten – Zukunft gewinnen**

Angemessene Erzeugerpreise sind nur vor dem Hintergrund guter Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen zu erzielen.

Dies gilt für die Zukunft noch mehr als für die Vergangenheit.

- **Daher wollen wir die Zusammenschlüsse von Erzeugern sowie Verarbeitungs- und Vermarktungsbetrieben unterstützen.**
- **Die CDU wird auf den bisherigen Bemühungen, den Anbau nachwachsender Rohstoffe auszuweiten, weiter aufbauen und diesen Sektor verstärkt fördern.**
- **Wir werden Bemühungen unterstützen, Netzwerke zwischen Landwirtschaft und Industrie einzurichten und die Nutzung der Industrienähe unterstützen.**
- **Die CDU will die vielen Ideen und Initiativen unterstützen, mit denen die Landwirte und Winzer die verschiedensten Formen der Selbstvermarktung und der Zusatzangebote aufbauen. Bei einer erfolgreichen Selbstvermarktung ergeben sich zusätzliche Einkommensmöglichkeiten, die oft höher sind als die Erlöse aus der landwirtschaftlichen Produktion. Ebenso unterstützen wir die zahlreichen Beispiele zur Veredelung der landwirtschaftlichen Produktion in land- und Weinwirtschaftlichen Betrieben und die Nutzung aller Chancen des Agrartourismus.**

### 3. FÜR EINE MENSCHLICHE GESELLSCHAFT

#### 3.1 *Solidarisch handeln*

„Gesellschaft“ und „Staat“ sind keine abstrakten Gebilde: Wir, die Bürgerinnen und Bürger sind die Gesellschaft, sind verantwortlich für den Staat, für die Regierungsform, die wir frei wählen. Wer abseits steht, kann an der Gemeinschaft nicht mitwirken. Das gilt für die Nachbarschaftshilfe ebenso, wie für das Engagement in Parteien oder Vereinigungen oder beim Fußballclub um die Ecke. Gemeinsinn und die Bereitschaft zum Einsatz für andere sind bleibende menschliche Werte, die auch in einer sich wandelnden Gesellschaft unverändert ihre Bedeutung behalten.

Durch das Bewusstsein der Verantwortung für andere, vor allem für Schwächere, und durch die Bereitschaft Hilfe zu leisten, entstehen in der Gesellschaft lebens- und leistungsfähige Gemeinschaften. Rückgrat einer solchen Solidargemeinschaft sind die vielen „stillen“ hilfsbereiten Bürger. Es gibt die aufopfernde Sorge um Kranke, Behinderte und Pflegebedürftige, es gibt die stille Arbeit in sozialen Brennpunkten und in Asylbewerberheimen.

Viele bemühen sich auch um die Pflege des Brauchtums oder setzen sich für eine natürliche Umwelt ein. Sie finden sich in allen Schichten quer durch die Gesellschaft und die Generationen. Das Meiste geschieht ohne öffentliches Aufsehen, ehrenamtlich und nicht vor laufender Kamera.

- **Die Eingliederung und Integration behinderter Menschen in allen Lebensbereichen werden wir nachhaltig fördern.**
- **Der Staat und die öffentliche Verwaltung müssen sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Sie haben eine dienende Aufgabe.**
- **Wir wollen ein Gemeinwesen, das auf Menschlichkeit, Toleranz, Solidarität und Hilfsbereitschaft gestützt ist.**
- **Wir setzen uns für den Schutz von Sonn- und Feiertagen ein.**
- **Eine solidarische Gesellschaft kann nur dann Bestand und Zukunft haben, wenn jeder in der Bürgergesellschaft im Rahmen seiner Möglichkeiten seinen Beitrag leistet. Wir werden deshalb mit Nachdruck dafür eintreten, dass die Mitnahmementalität nicht weiter an Boden gewinnt und der Missbrauch, wo auch immer, nachhaltig bekämpft wird. Wir machen keinen Unterschied; weder die Steuerhinterziehung noch die Täuschung des Sozialamtes sind Kavaliersdelikte. Wer durch die Verbreitung von Tipps zur Steuerhinterziehung oder im Sozialhilfeleitfaden aufzeigt, wie man das Sozialamt betrügen kann, wird zum Mittäter des einen oder anderen Betrugs.**
- **Eine solidarische Gesellschaft muss sich schließlich und vor allen Dingen darin bewähren, wie sie die im Grundgesetz geforderte Gleichberechtigung von Frau und Mann zur Selbstverständlichkeit werden lässt. Immer noch gibt es im persönlichen Umfeld und in den Familien, aber vor allem in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur Defizite. Wir werden uns für die konsequente Umsetzung von Frauenförderplänen einsetzen. Dies ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch ein Dienst an der Gesellschaft, weil unser Gemeinwesen verarmt, wenn die Frauen ihren Beitrag zur Entwicklung unserer Gesellschaft und unseres Landes nicht oder nicht ausreichend leisten können.**

#### 3.2 *Familie stärken*

Nach dem christlichen Menschenbild, dem sich die CDU verpflichtet weiß, besitzt jeder Mensch eine unveräußerliche Würde, die unantastbar ist.

Dieses Menschenbild verpflichtet den Staat und jeden einzelnen, auch das ungeborene Kind zu schützen und jede Schwangere so zu unterstützen, dass sie zu ihrem Kind „Ja“ sagen kann. Die Unterstützung muss so nachhaltig sein, dass die Mutter für sich und ihr Kind auch über die Geburt hinaus eine Perspektive erhält.

Zur Wahrung der Menschenwürde gehört untrennbar der Schutz und die Förderung der Familie, in die der Mensch geboren wird und die er braucht, um zur vollen und selbstverantwortlichen Persönlichkeit zu reifen. Unstrittig erfahren Kinder Liebe und Zuneigung, Freiheit und Verantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität nirgends stärker als in der Familie.

**Familie ist überall dort, wo Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern Verantwortung tragen. Alle, die Kinder erziehen, haben einen Anspruch auf Hilfe und Unterstützung des Staates. Sie, aber vor allem die Alleinerziehenden sind auf Unterstützung der staatlichen Gemeinschaft angewiesen.**

Die überwiegende Zahl der Alleinerziehenden sind Frauen. Sie tragen die Hauptlast der Erziehung und müssen nicht selten allein den Unterhalt für sich und die Kinder sichern. Das Unterhaltsvorschussgesetz, das geschaffen wurde, um das Verhältnis zwischen Kindern und den getrennt lebenden Elternteilen positiv zu beeinflussen und den Kontakt nicht abreißen zu lassen, wird mehr und mehr als Unterhaltsersatzkasse missbraucht. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass viele der unterhaltpflichtigen Väter ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen und damit die Gesellschaft belasten.

In besonderem Maße sind Familien auf Hilfe angewiesen, in denen es zu Gewalt gegen Kinder und/oder Erwachsenen kommt, in denen Alkohol- oder Drogenprobleme zu bewältigen sind, in denen Kinder vernachlässigt oder missbraucht werden oder in denen die Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit zu verkraften sind.

Unsere freiheitliche Grundordnung schreibt niemandem eine bestimmte Lebensform vor, wenn sie Ehe und Familie unter den besonderen verfassungsmäßigen Schutz stellt. Unter Wahrung des besonderen Schutzes von Ehe und Familie und neben seiner zentralen Aufgabe, möglichst allen, die den Wunsch zur Familiengründung haben und Kindern das Leben schenken wollen, hat der Staat Rahmenbedingungen und Spielräume auch für individuelle Lebensentwürfe zu schaffen, die der Vielfalt der Gesellschaft Rechnung tragen.

Gute und zukunftsorientierte Politik erkennt man daran, ob und welche Familienpolitik eine Regierung verfolgt. Die beste Familienpolitik ist diejenige, die die Familien in die Lage versetzt, unabhängig von staatlicher Gängelung ihre Angelegenheiten eigenverantwortlich zu regeln und möglichst von ideologischen Eingriffen unbehelligt zu bleiben.

Ehe und Familie als unantastbare Keimzelle einer humanen Gesellschaft muss von staatlicher Bevormundung frei bleiben. Deshalb muss der Familie über eine ausreichende Förderung und eine familiengerechte Steuerpolitik weitgehende Unabhängigkeit garantiert werden. Dies bedeutet keine Diskriminierung anderer Lebensformen.

So belastet die Ökosteuer die Familien, die mit ihren Kindern den Generationenvertrag der Rentenversicherung erfüllen.

**Der Begriff „Familienpolitik“ ist unter der SPD-geführten Landesregierung zum Fremdwort geworden:**

- 1992 erfolgte die ersatzlose Streichung der Lehrmittelfreiheit.
- 1997 ist das Landesfamiliengeld für einkommensschwächere und kinderreiche Familien ersatzlos gestrichen worden.
- 1998 hat das Land seine Beteiligung an den Personalkosten in den Kindergärten massiv abgebaut.
- Auch der Landesanteil am Unterhaltsvorschuss wurde immer weiter zu Lasten der Städte und Gemeinden abgesenkt.

### **3.2.1 Wir holen die Familien aus dem Abseits**

- **Wir werden das Landesfamiliengeld wieder einführen und damit den dreijährigen Erziehungsurlaub für Mütter und Väter auch finanziell sichern.**

- Die CDU will ein bedarfsgerechtes Angebot in der Kinderbetreuung, nicht nur für Kindergartenkinder, sondern auch für Kleinkinder. Das dient auch den Familien und den Eltern. Die CDU wird die Förderung der Tagespflege als anerkannte Betreuungsform insbesondere für Kleinkinder als berechtigt neben der institutionellen Kinderbetreuung fördern.
- Wir werden die pädagogische Arbeit in den Kindertagesstätten durch eine stärkere Förderung insbesondere auch der Spracherziehung in Kindergärten aufwerten.
- Wir wollen in Absprache mit Kommunen, Krankenkassen, Familienbildungsstätten und anderen privaten und öffentlichen Dienstleistern ein Familien-Scheck-Heft entwickeln, in dem neben den Gutscheinen für ärztliche Regeluntersuchungen der Kinder auch Erstberatungen bei Erziehungsproblemen und Schulschwierigkeiten, aber auch Fortbildungsmaßnahmen kostenlos bzw. kostengünstig in Anspruch genommen werden können.
- Wir setzen uns ein, für eine flächendeckende Einführung eines Familienpasses, der eine kostengünstige Nutzung öffentlicher Einrichtungen ermöglicht. Wir werden die Kommunen unterstützen, wenn sie familien- und kinderfreundliche Leitlinien als Maßstab für ihr politisches Handeln umsetzen. Wir werden einen Landeswettbewerb „Unser Dorf, unsere Stadt soll kinderfreundlicher werden“ ausloben.
- Wir werden die Wohnungsbauförderung des Landes mit dem Ziel überprüfen, die Versorgung von Mehr-Kinder-Familien mit preiswertem Wohnraum oder über die Eigenheimförderung zu verbessern und gezielt Familien mit drei und mehr Kindern fördern.
- Wir wollen ausländischen Familien helfen, sich zu integrieren und damit die bestmögliche Förderung ihrer Kinder für das Leben und Arbeiten im Lande zu erreichen.
- Wir wollen die Unterstützung des Landes für die Schwangerenkonfliktberatung der freien Träger und deshalb auch der Katholischen Kirche erhalten. Die Qualität der Arbeit der Katholischen Kirche in der allgemeinen Schwangerenberatung und der Schwangerenkonfliktberatung steht außer Zweifel. Diese Beratungsstellen leisten in beiden Bereichen einen großen und unverzichtbaren Beitrag zur Beratung hilfesuchender Frauen und zum Schutz ungeborenen Lebens. Die SPD will die staatliche Mitfinanzierung des Beratungsangebots einstellen. Wir werden eine anteilige Finanzierung im Interesse der Schwangeren und ihrer Kinder auch zukünftig sichern.

### 3.2.2 Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine aktive Familien- und Gleichstellungspolitik funktioniert nur dann, wenn es gelingt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die gleichzeitige Berufstätigkeit ist das heute mehrheitlich gewünschte Modell für den Lebensentwurf. Junge Leute wollen nicht mehr vor die Alternative Beruf oder Familie gestellt werden. Gefragt ist die Wahlfreiheit und eine möglichst reibungslose Vereinbarkeit von beiden Bereichen. Wahlfreiheit bedeutet aber auch, dass es durch die Erhöhung des Erziehungsgeldes und durch die Anpassung an den Erziehungsurlaub Müttern oder Vätern ermöglicht wird, zugunsten der Erziehung der Kinder zeitweise auf einen Teil des Einkommens und auf schnelle Karriere zu verzichten, ohne dauerhaft Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

- Wir wollen neben der bedarfsgerechten Einführung der Tagespflege für Kinder
  - ❖ den Ausbau von Teilzeitarbeit und flexiblen Arbeitszeitmodellen sowie der Telearbeit,
  - ❖ flexiblere Öffnungszeiten von Kindergärten und Horten,
  - ❖ verlässliche Betreuung in Schulen.
- Wir wollen besonders größere Unternehmen anregen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.
- Wir wollen, dass Eltern die Wahlfreiheit haben, wie sie die Kindererziehung und die Haushaltsführung partnerschaftlich gestalten können, ohne dadurch unzumutbare Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.
- Während der Grundschulzeit müssen Mütter und Väter die Gewissheit haben, dass ihre Kinder während der im Stundenplan angegebenen Zeiten auch tatsächlich von der Schule betreut werden. Wir streben an, dass Grundschüler an jedem Arbeitstag mindestens halb-

**täglich an ihrer Schule bleiben können. Darüber hinaus sind Angebote der Kinderbetreuung und Jugendarbeit an Schulen auch in Zeiten der Schulferien anzustreben; dabei sind die freien Träger sowie Elterninitiativen wichtige Partner. Freie Träger können sich im Rahmen eines solchen Betreuungsangebots auch für die verbandliche Kinder- und Jugendarbeit neue Chancen eröffnen.**

### **3.3 *Jugend braucht Chancen***

#### **3.3.1 *Jugend ist Zukunft!***

Jugendlichen wurde in der Vergangenheit nur zu gerne eine Null-Bock-Mentalität unterstellt. Dabei trifft dieses Vorurteil schon lange nicht mehr zu: Jugendliche haben heute eine sehr klare Vorstellung von den Chancen, die sie haben und den Zielen, die sie erreichen wollen.

Diese Entschlossenheit wollen wir fördern. Unter verantwortlichem Handeln im Interesse der jungen Generation verstehen wir dabei eben nicht jene fürsorgliche Pflege: Politik für Jugendliche bedeutet für uns, dass wir Hand in Hand mit der jungen Generation den Weg in die Zukunft bereiten.

Unsere Verpflichtung ist es, kommenden Generationen nicht nur Chancen zu eröffnen, sondern diese vor allem auch zu bewahren. Dazu gehört für die CDU die Erkenntnis, dass die Schulden von heute die Steuern von morgen sind. Zins- und Pensionskosten blockieren in immer größer werdendem Umfang Gelder in den Haushalten des Landes und der Kommunen. Diese Entwicklung wollen wir beenden. Dies wird große Anstrengungen und auch Selbstbeschränkung bedeuten. Die CDU wird als Anwalt der künftigen Generationen eine zukunftsgerichtete Haushaltspolitik betreiben.

Jugendliche von heute erwarten eine solide Alterssicherung. Die umlagefinanzierte Alterssicherung gerät durch Bevölkerungsrückgänge zunehmend an ihre Grenzen. Mit der Einführung des demografischen Faktors hat die CDU einen Weg zur Lösung der Probleme beschritten. Weitere Schritte müssen folgen. Eine Lösung der Frage der Alterssicherung wird jedoch nur im Wege des Übereinkommens von jung und alt zu finden sein. Diesen Dialog werden wir stärken und dafür Sorge tragen, dass gerade die Interessen der jungen Generation Gehör in der Diskussion um eine gerechte und solide Altersvorsorge findet.

Die vergangenen Wahlen haben deutlich gemacht, dass die CDU die Partei der Jugend ist. Wir werden in der Jugendpolitik umsteuern: Eine spezifische Jugendpolitik gibt es in den seltensten Fällen. Moderne Jugendpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen politischen Bereichen zur Wirkung kommt.

#### **3.3.2 *Perspektiven für die junge Generation***

- **Wir wollen mit den Tarifpartnern und allen ausbildungsfähigen Unternehmern ein Übereinkommen schließen, dass unabhängig von der jeweiligen Konjunkturlage jedem ausbildungswilligen jungen Menschen ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot gemacht werden kann. Alle Forderungen nach Ausbildungsplatzabgaben und anderen bürokratischen Eingriffen in einen freien, aber solidarischen Ausbildungsmarkt lehnen wir ab.**
- **Wir werden die Träger der freien Jugendhilfe und die kommunalen Gebietskörperschaften stärken und die Einführung einer Jugendpauschale prüfen.**
- **Wir wollen die Jugendverbände, die politischen Jugendverbände und die Jugendhilfeträger stärken und dabei ihre trägerspezifischen und wertorientierten Zielsetzungen respektieren.**
- **Über einen Landesjugendförderplan werden wir ein bedarfsgerechtes und pluralistisches Angebot von Jugendbildung- und Begegnungsstätten, Freizeiteinrichtungen und Jugendherbergen sicherstellen.**
- **Wir werden die Möglichkeiten der internationalen Jugendbegegnung als unverzichtbare Brücken zur Verständigung zwischen jungen Menschen verschiedener Nationen stärken. Die bürokratischen Hürden bei der Förderung solcher Maßnahmen werden wir vereinfachen.**

chen. In der Jugendarbeit vor Ort sind hier Kooperationen von Schulen, Verbänden, Einrichtungen, etc. anzustreben und zu unterstützen.

- Wir werden die außerschulische Jugendbildung stärken und damit das Ziel verfolgen, die Demokratie und das gesellschaftliche Miteinander zu stärken.
- Jungen Menschen ohne Schulabschluss oder mit anderen Benachteiligungen wollen wir in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung und den Ausbildungsträgern die Chance für eine qualifizierte Ausbildung geben, damit auch sie eine reale Chance für ein sinnerfülltes Leben haben.
- Wir werden mit allen Trägern der freien und öffentlichen Jugendhilfe ein Programm „Jugend gegen Gewalt“ abstimmen, damit die jungen Menschen besser gegen Parolen von gewaltbereiten Rechts- und Linksradikalen gerüstet und befähigt sind, unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat zu schützen und zu erhalten.
- Die Probleme zwischen Eltern und Jugendlichen, die Probleme in der Familie machen nicht an der Haustür halt: Wir werden die Hilfen zur Erziehung weiterentwickeln, Beratung, Koordination und Kooperation im Bereich der Jugendhilfeträger verstärken. Außerdem werden wir die Jugendhilfeausschüsse aufwerten. Arbeitsgemeinschaften und Verbundsysteme müssen hinzukommen, um die Zusammenarbeit in der Jugendhilfe auszubauen.

## **3.4 Senioren – Lebenserfahrung anerkennen**

### **3.4.1 Aktiv im Alter**

Jahr für Jahr scheiden in unserem Land viele und immer jüngere Menschen aus dem Berufsleben aus. Vor ihnen liegt die sog. dritte Lebensphase, die für viele zwanzig bis dreißig Jahre umfassen kann. Wir können es uns nicht leisten, ihre Lebenserfahrung und Kompetenz, die für unsere Gesellschaft von großem Wert sind, einfach ungenutzt zu lassen.

- Wir wollen die Erfahrungen und das Potential älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verstärkt nutzen. Die 60- bis 64-Jährigen stellen heute lediglich 3 % der Erwerbstätigen, die 55- bis 59-Jährigen lediglich noch 9 %. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung muss in der Arbeitswelt bereits jetzt damit begonnen werden, den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Qualifizierungs- und Flexibilisierungsprogramme anzubieten. Dies ist von Vorteil für die Unternehmen: Schon jetzt beklagen viele Firmen den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Deshalb wollen wir Betriebe, die sich für eine Weiterqualifizierung ihrer älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen und deren Verbleib im Erwerbsprozess fördern, bereits jetzt verstärkt beraten und auch finanziell unterstützen. In einer gemeinsamen Aktion in Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung wollen wir hier arbeitsmarktpolitisch gegensteuern. Dabei sollen auch neue Modelle wie die Job-Rotation zur Anwendung kommen.
- Wir werden das nach- und außerberufliche Engagement älterer Menschen fördern und unterstützen. Ältere Menschen sollen motiviert werden, sich verstärkt im Ehrenamt oder in der Selbsthilfe zu engagieren, um auf diese Weise ihren Ruhestand zu bereichern.
- Wir streben ein flächendeckendes Netz von Seniorenenagenturen an. So können wir ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement vor Ort im ganzen Lande vernetzen und unterstützen.
- Wir werden spezifische Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Senioren im Bereich der neuen Medien verstärkt fördern.

### **3.4.2 Anerkennung für die Aufbaugeneration**

Es gehört zu den Verdiensten der Aufbaugeneration, dass sie nach dem Zweiten Weltkrieg mutig und entschlossen wieder ganz von vorn und unter großem Verzicht auf Selbstverwirklichung den Aufbau

eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens begonnen und dieses zu internationaler Anerkennung geführt hat.

Dafür sind wir dieser Generation zu großem Dank verpflichtet. Diesen Dank können wir am besten dadurch abstatten, in dem wird den Rentnern durch die Rückkehr zu Recht und Gesetz in der Rentenversicherung die Angst vor Altersarmut nehmen. Denjenigen, die aufgrund von Alter, Krankheit oder Behinderung nicht mehr in der Lage sind, ohne fremde Hilfe ihr Leben und ihr Umfeld selbstständig zu gestalten, sichern wir solidarische Hilfe zu. Wir betrachten diese Hilfe nicht als Last, sondern als eine Chance für die Verwirklichung des sozialen Rechtsstaats.

Dabei verschließen wir nicht unsere Augen vor der demografischen Entwicklung, die auch an Rheinland-Pfalz nicht vorüber geht. Der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung nimmt stetig zu. Mehr als 23 % der Rheinland-Pfälzer sind bereits über 60 Jahre. Der Anteil der Senioren in Rheinland-Pfalz wird bis zum Jahre 2012 über 26 % betragen und weiter wachsen. Diese Entwicklung stellt eine große Herausforderung für nahezu alle Politikbereiche dar.

- **Die gesetzliche Rente ist für die heutige Rentnergeneration und für die, die in den kommenden zehn Jahren das Rentenalter erreichen werden, immer noch die tragende Altersversorgung. Jeder, der die Rente nach Kassenlage manipuliert, gefährdet die Existenz von Millionen Menschen und erschüttert den Glauben an den Rechtsstaat. Wir werden deshalb alle parlamentarischen und politischen Mittel ausschöpfen, um den Rentenbetrug der rot-grünen Koalition rückgängig zu machen und die SPD-Rentenlügen anzuprangern, bis die Regierung wieder zu der im großen Rentenkonsens vereinbarte am Nettolohn orientierten Rentenerhöhungsformel zurückfindet. Renten sind Alterslohn für Lebensarbeit und keine Zahlung nach der jeweiligen Lage der öffentlichen Kassen.**
- **Wir werden bei der Erstellung und Aktualisierung des Landessenorenplans die Integration älterer Menschen und ihre Mitwirkung im gesellschaftspolitischen Leben fördern. Ältere Menschen sollen mitreden, ihre Erfahrungen und ihr Wissen weitergeben können, im ständigen Dialog bleiben.**
- **Wir sorgen für eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung der älteren Menschen. Dazu gehören seniorengerechte Wohnangebote und Wohnumfelder, ebenso wie eine altersgerechte Gesundheitsversorgung, Pflege und Rehabilitation.**

### 3.4.3 Hilfen im Alter

Durch die verbesserten Lebensbedingungen und den Fortschritt der Medizin werden die Menschen in unserem Land älter als vorausgehende Generationen. Das begrüßen wir, sehen aber auch, dass durch altersbedingte Krankheit und Pflegebedürftigkeit neue Herausforderungen auf die Gesellschaft zugekommen sind und vermehrt zukommen werden. In dieser Situation gewinnen familiäre und soziale Beziehungen zunehmend an Bedeutung. Obwohl die Zahl jener Personen abnimmt, die eine Pflege und Versorgung eines älteren Menschen übernehmen können, werden immer noch rund 80% aller pflegebedürftigen Menschen in der häuslichen Umgebung betreut.

- **Wir setzen uns für ein selbstständiges und selbst bestimmtes Leben im Alter ein.**
- **Wir wollen seniorengerechte Wohnangebote und Wohnumfelder und den bedarfsgerechten Ausbau geriatrischen Behandlungs- und Rehabilitationsmöglichkeiten fördern.**
- **Wir wollen, dass die bestehenden Sozialstationen zukünftig auch die Versorgung von besonders pflegebedürftigen Personengruppen (z.B. demenzkranker Menschen) in der häuslichen Umgebung ermöglichen und die Pflegepersonen entlasten. Die bereits in den 70er Jahren von der CDU-Landesregierung geschaffene und nach Einführung der Pflegeversicherung ausgebauten ambulante Pflegestruktur muss gesichert und bedarfsgerecht ausgebaut werden.**
- **Wir wollen, dass die bestehenden teilstationären und stationären Angebote der Altenhilfe bedarfsgerecht ausgebaut werden.**
- **Wir werden bei der Fortschreibung des Landesbehindertenplans der menschenwürdigen Unterbringung und notwendigen Betreuung behinderter Menschen nach der Werkstattphase besondere Aufmerksamkeit schenken und gemeinsam mit den Trägern der Behindertenarbeit nach geeigneten Lösungen suchen.**

- **Wir werden ein Landeskonzept für bessere Hilfen für demente Menschen und ihre Betreuung vorlegen. Das durchschnittliche Eintrittsalter in den Altenpflegeheimen liegt heute jenseits der Grenze von 85 Jahren. Das hat dazu geführt, dass unter den Heimbewohnern immer mehr demente Menschen sind, auf deren pflegerischen Bedürfnisse die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Heimen aufgrund der knappen Personalbemessung oft nur unzureichend reagieren können.**
- **Wir wollen, dass die Behandlung dementer Menschen bei der Einstufung nach der Pflegeversicherung überprüft wird. Dazu werden wir eine Bundesratsinitiative zur Fortschreibung der Gesetzlichen Pflegeversicherung einleiten.**

### **3.5 Ehrenamt macht gesellschaftsfähig**

Die Generalversammlung der Vereinten Nation hat das Jahr 2001 zum Internationalen Jahr der Freiwilligen ausgerufen. Ziel ist es, die Bedeutung des Engagements Freiwilliger für die gesellschaftliche Entwicklung deutlicher zu machen, ihren Einsatz für das Gemeinwesen stärker zu würdigen und die Vernetzung der Aktiven zu fördern. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz hier einen wirksamen Beitrag leistet. Wir wollen wirksame Verbesserungen für die Ehrenamtlichen.

- **Wir wollen ein Konzept zur besseren Motivierung und Förderung des Ehrenamtes in Rheinland-Pfalz. Wir werden ein Ehrenamtsförderungsgesetz vorlegen. Damit soll den Ehrenamtlichen eine Freistellung für Vorbereitung, Qualifizierung und Fortbildung für ehrenamtliche Tätigkeit ermöglicht werden.**
- **Wir wollen im Rahmen des Bildungsfreistellungsgesetzes einen Freistellungsanspruch für Maßnahmen zur Vorbereitung, Qualifizierung und Fortbildung für ehrenamtlich Tätige schaffen. Dabei werden wir sicherstellen, dass es zu keiner Mehrbelastung der Arbeitgeber kommt.**
- **Wir werden die Beratung vor Ort über ehrenamtliche Arbeit durch gezielte Förderung verbessern, um den Zugang zu ehrenamtlicher Tätigkeit zu erleichtern. Dazu gehören Ehrenamtsbörsen und Agenturen ebenso wie Freiwilligenzentren.**
- **Wir sorgen dafür, dass das Land als Arbeitgeber eine Vorbild- und Impulsgeberfunktion für das Ehrenamt entwickelt. Dazu muss das Angebot flexibler Arbeitszeiten verbessert werden, um ehrenamtlichen Einsatz zu ermöglichen und zu erleichtern.**
- **Wir werden in Gesprächen mit den Jugendverbänden überlegen, wie die Jugendleiter/in-Card attraktiver ausgestattet werden kann, damit mehr Menschen in unserem Land Verantwortung in der Jugendarbeit übernehmen.**
- **Wir fördern das Ehrenamt auch in der Schule: Dazu werden wir ein pädagogisches Gesamtkonzept erstellen, um die Zusammenarbeit ehrenamtlicher Tätigkeit in der schulischen Erziehung und für schulische Projekte besser regeln zu können. Als Zeichen der Nachwuchsförderung für das Ehrenamt in den Schulen soll das ehrenamtliche Engagement in den Zeugnissen dokumentiert werden. Auch im außerschulischen Bildungsangebot soll das Thema Ehrenamt stärker berücksichtigt werden.**
- **Wir legen einen regelmäßigen Ehrenamtsbericht auf. Er soll die Grundlage bilden für die laufende Auseinandersetzung der Landespolitik mit dem Thema und die Weiterentwicklung der Ehrenamtspolitik.**
- **Wir werden uns dafür einsetzen, dass die ehrenamtsfeindlichen Regelungen auf Bundesebene wie beispielsweise das veränderte 630-Mark-Gesetz zurückgenommen werden.**

### **3.6 *Wir stehen zu unseren Vereinen***

Die Verantwortlichen in den Vereinen werden mit immer neuen bürokratischen Auflagen von ihrer wesentlichen Aufgabe, nämlich sich den Aktiven im Verein zu widmen, ferngehalten.

- **Wir werden uns für eine gesetzliche Regelung einsetzen, die die Besteuerung von Vereinen so gestaltet, dass die Gewinnung ehrenamtlicher Kräfte begünstigt und nicht wie heute erschwert wird.**
- **Wir werden dafür sorgen, dass bei den Finanzämtern Ansprechpartner für die Vereine benannt werden.**
- **Wir werden die im Vereinsförderungsgesetz festgelegten Bestimmungen für gemeinnützige Vereine überprüfen mit dem Ziel, die Besteuerungsgrenzen im wirtschaftlichen Betrieb, die Zweckbetriebsgrenzen weiterentwickeln und politisch aktiv werden, um die Freibetragsgrenzen bei der Körperschafts- und Gewerbesteuer für gemeinnützige Vereine einsichtiger zu machen.**
- **Wir werden uns für eine Neuordnung der 630-Mark-Verträge einsetzen, um die geringfügige Beschäftigung in gemeinnützigen Vereinen wieder ohne bürokratischen Aufwand möglich zu machen.**

## 4. MIT SICHERHEIT MEHR SICHERHEIT

### 4.1 *Wir machen das Land sicher*

**Rheinland-Pfalz muß sicherer werden:** Dies zeigen die objektiven Zahlen der Kriminalstatistik ebenso wie das subjektive Empfinden der Bürgerinnen und Bürger im Land. 1999 hat Rheinland-Pfalz einen Negativrekord aufgestellt; unter allen Bundesländern war es das einzige Land mit einer deutlichen Steigerung der Straftaten. Weniger Sicherheit bedeutet: Der abendliche Gang durch die Stadt, der Weg in die Tiefgarage oder einfach nur die dunkle Ecke neben dem Hauseingang – alles kann zur Bedrohung werden. Mehr Straftaten bedeuten mehr Angst und weniger Freiheit für alle.

**Wir werden gegen die steigende Kriminalität im Lande vorgehen:**

- **gegen die allgegenwärtige Gewaltkriminalität und den Vandalismus auf unseren Straßen, in unseren Schulen oder auf öffentlichen Plätzen,**
- **gegen die zunehmende Rauschgift- und Jugendkriminalität,**
- **gegen die Organisierte Kriminalität die sich bei uns und in vielen anderen Ländern ausbreitet,**
- **gegen die Umwelt- und Wirtschaftskriminalität, die uns allen einen immens hohen Schaden zufügt,**
- **gegen Gewaltdelikte mit politischem Hintergrund und fremdenfeindliche Aktivitäten.**

### 4.2 *Kriminalität verhindern*

Ende 2002 wird Rheinland-Pfalz weniger als 9.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte haben; 1997 waren es noch 9.431. Die Personaldecke der rheinland-pfälzischen Polizei ist so dünn, wie kaum in einem anderen Bundesland. Ursächlich dafür ist die seit Jahren von der SPD-geführten Landesregierung betriebene verfehlte Personalpolitik. Obwohl eine große Zahl altersbedingter Ruhestandsversetzungen anstehen, hat sie es versäumt, genügend Nachwuchskräfte einzustellen. Weniger Polizei bedeutet weniger Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch ein erhöhtes Sicherheitsrisiko für unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte.

- **Die CDU wird für eine stärkere Präsens der Polizei vor Ort sorgen. Rheinland-Pfalz hat eine der niedrigsten Polizeidichten im Bundesvergleich. Wir werden den Personalabbau stoppen und durch Neueinstellungen umkehren.**
- **Wir werden der Polizei mehr Freiräume für ihre präventiven Aufgaben schaffen.**
- **Wir werden die kriminalpräventiven Räte in den Kommunen stärken.**
- **Wir werden die Polizistinnen und Polizisten von polizeifremden Aufgaben entlasten.**
- **Wir werden die Ausrüstung der Polizei auf den neuesten Stand bringen. Dies gilt für Schutzwesten ebenso wie den Einsatz von moderner Informations- und Kommunikationstechnik.**
- **Wir wollen die Videoüberwachung für sicherheitsrelevante Zonen. Dabei geht es nicht um eine flächendeckende Überwachung, sondern um eine Verbesserung der Sicherheitslage durch den gezielten Einsatz der Videoüberwachung an Kriminalitätsbrennpunkten. Die Reduzierung der Straßenkriminalität kann durch gezielte Videoüberwachung erreicht werden. Die Videoüberwachung macht jedoch eine verbesserte Polizeipräsenz in den Städten oder auf dem Land keineswegs überflüssig.**

- **Wir werden die ereignis- und verdachtsfreien Kontrollen im Polizeirecht einführen.** Mit der „Schleierfahndung“ soll nach dem Vorbild anderer Bundesländer endlich die steigende grenzüberschreitende internationale Kriminalität bekämpft werden. Der gemeinsame Binnenmarkt sowie der freizügige Personen- und Warenverkehr bietet für Kriminelle neue Tatgelegenheiten und günstigere Kriminalitätsstrukturen. Um die Kriminalitätsbekämpfung in Rheinland-Pfalz zu verbessern, müssen besonders Polizeistreifen in einem Radius von 30 Kilometern zur Landesgrenze und auf Bahnhöfen und Flughäfen im Lande die Möglichkeit haben, verdachts- und ereignisunabhängige Personen- und Fahrzeugkontrollen zu veranlassen.
- **Wir wollen, dass neben dem Abhören von Verbrecherwohnungen auch eine entsprechende Videoüberwachung möglich ist.**

### **4.3 Kinder- und Jugendkriminalität bekämpfen**

Wir wollen die Kinder- und Jugendkriminalität in Rheinland-Pfalz massiv eindämmen. Seit Jahren steigt die Jugendkriminalität in Rheinland-Pfalz massiv an. Die Jugendkriminalität, ohnehin im Bundesvergleich auf einem hohen Niveau, ist zwischen 1993 und 1999 nach Angaben des Bundeskriminalamtes um 113 % gestiegen. Fast jeder dritte Tatverdächtige ist unter 21 Jahre alt.

- **Wir wollen die Gewalt in den Schulen bekämpfen.** Dazu fordern wir Kontaktbeamte der Polizei in Zivil, die in Zusammenarbeit mit Schulleitung, Eltern, Verbindungslehrern und Schülersprechern die Kriminalität von den Schulen fernhalten.

### **4.4 Drogenkriminalität bekämpfen**

- **Wir werden den Verkauf und Konsum von illegalen Drogen insbesondere bei Jugendlichen entschlossen bekämpfen.**
- **Wir wollen einen Ausbau der Vorbeugung gegen Drogenmissbrauch, der Beratung von Drogenkonsumenten, der Therapie und Rehabilitation von Drogenabhängigen.**
- **Wir werden einen Schwerpunkt auf die Verfolgung von Dealern legen.**
- **Wir lehnen eine Legalisierung von sog. „weichen Drogen“ ab. Einen Verkauf über Apotheken werden wir nicht zulassen. Eine staatlich kontrollierte Abgabe harter Drogen kommt nicht in Frage.**
- **Wir wollen mehr Therapie und Nachsorgeplätze schaffen, damit dem Prinzip „Therapie vor Strafe“ durch eine erhöhte Zahl von Therapieplätzen entsprochen werden kann.**

### **4.5 Ziviler Katastrophenschutz hat Vorrang**

- **Die CDU will den zivilen Katastrophenschutz stärken und verbessern.** Die Hilfsorganisationen, Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebensrettungsgesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst u. a. leisten einen wertvollen Beitrag zur Absicherung von unvorhersehbaren Gefahren, die jeden von uns immer und überall treffen können.
- **Wir wollen deshalb insbesondere das ehrenamtliche Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hilfsdienste fördern.** Dies ist fester Bestandteil unserer Politik.

## 5. LEBENSQUALITÄT VERBESSERN

### 5.1 Gesundheit

#### 5.1.1 Gesundheit für alle

Die rot-grüne Gesundheitsreform 2000 hat das Gesundheitswesen in Deutschland krank gemacht. Hauptgeschädigte sind die Versicherten. Nicht jeder erhält die Leistungen, die er dringend benötigt. Geschädigte sind aber auch die stationären Einrichtungen sowie die niedergelassenen Ärzte, die wegen des absurd Finanzierungssystems einen Teil ihrer Pflegefachkräfte, Arzthelferinnen und medizinisch-technischen Assistentinnen und andere Heilhilfskräfte entlassen müssen. Besonders Frauen verlieren auf diese Weise ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen.

Die untaugliche Gesundheitsreform hat auch den Strukturen der medizinischen Versorgung in Rheinland-Pfalz schweren Schaden zugefügt. Die Landesregierung und ihr glückloser Gesundheitsminister haben den Schaden noch vermehrt:

- **Statt im Krankenhaussektor auf Strukturmodernisierung hinzuwirken, hat sich das Land auf den quantitativen Bettenabbau festgelegt.**
- **Während der Gesundheitsminister die Vorschläge der gescheiterten grünen Bundesgesundheitsministerin z.B. bei der Budgetierung der Krankenhäuser und Ärzte sowie bei der Einschränkung der freien Arztwahl begrüßte, versäumte es die SPD-geführte Landesregierung im Bundesrat für eine bessere Reform einzutreten.**
- **Die Landesregierung redet, wie in vielen Bereichen, so auch im Gesundheitswesen von grenzüberschreitender Planung und unterzeichnet wortreiche Deklarationen, vernachlässigt aber in der Praxis allgemein, und gerade auch im Gesundheitswesen die notwendige grenzüberschreitende Zusammenarbeit.**

#### 5.1.2 Balance zwischen Solidargemeinschaft und Eigenverantwortung

- **Wir wollen unser Gesundheitssystem durch eine neue Balance zwischen Solidargemeinschaft und Eigenverantwortung langfristig sichern. Unser Ziel ist, eine der Krankheit angemessene medizinische Versorgung zu erhalten. Qualität, Humanität und Wirtschaftlichkeit müssen Hand in Hand gehen.**
- **Wir wollen in Stadt und Land in zumutbarer Nähe eine gleichwertige medizinische Akutversorgung für jeden Patienten.**
- **Wir wollen Gesundheitsförderung und Vorsorge verstärken. Gesundheitserziehung muss ein selbstverständlicher Teil der allgemeinen Erziehung werden. Wir werden die Familien, die Kindergärten und die Schulen bei ihren Bemühungen unterstützen, den Kindern die Bedeutung von gesunder Ernährung, verantwortungsvollem Umgang mit der eigenen Gesundheit und die Gefahren bestimmter Genussmittel näher zu bringen.**
- **Wir werden die Selbsthilfegruppen gerade auch im Gesundheitsbereich unterstützen und sie in die Lage versetzen, vorbeugende und nachgehende Hilfe für chronisch kranke und behinderte Menschen zu leisten. Wir tun das nicht nur, weil wir wissen, dass Selbsthilfegruppen durch ihre Arbeit oft kostspielige stationäre Behandlungen hinausschieben oder gar überflüssig machen können, sondern weil sie für viele Betroffene zu einer unverzichtbaren Stütze geworden sind.**

#### 5.1.3 Mehr Planungssicherheit für Patienten, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen

- **Wir werden die Rahmenbestimmungen dafür schaffen, dass Versorgungsketten entstehen. Sie sind notwendig zur Vermeidung von irreparablen Schäden z.B. bei Schlaganfallpatienten.**

ten. Sie verkürzen aber auch die Verweildauer im stationären Bereich und in der ambulanten Nachsorge und entlasten damit die gesetzlichen Leistungsträger und deren Beitragszahler.

- Wir werden den Landeskrankenhausplan auf eine neue Grundlage stellen. Das neue Konzept wird mit den Beteiligten und nicht gegen die Beteiligten und Betroffenen umgesetzt. Dabei darf es nicht wie bisher vorrangig um Bettenabbau gehen. Wir wollen ein Gesamtkonzept zur Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz vorlegen. Dazu gehören abgestimmte Befunde, Aussagen und Zielsetzungen für den ambulanten, teilstationären und stationären Bereich.
- Wir werden die Chancen der Transplantationsmedizin in Rheinland-Pfalz besser nutzen. Der unbefriedigende Platz des Landes Rheinland-Pfalz auf der Rangliste bei Organ spenden und Organtransplantationen im Ländervergleich muss durch gezielte Informationen und Motivationen der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden.
- Wir wollen die Landesförderung für die Nutzer stationärer Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz gerechter einsetzen als bisher. Mit der jetzigen Minimalförderung wird das Land Rheinland-Pfalz dem Auftrag des Pflegeversicherungsgesetzes, Einsparungen in der Sozialhilfe zur finanziellen Förderung der Investitionskosten und damit zur Entlastung der Pflegebedürftigen einzusetzen, nicht gerecht.
- Wir werden Entscheidungen auf der Grundlage einer soliden, umfassenden Datenbasis treffen und nicht aus dem hohlen Bauch heraus. Wir werden eine vernünftige Gesundheitsberichterstattung aufbauen und in enger Abstimmung mit allen Beteiligten des Gesundheitswesens die Rahmenbedingungen für eine landesweit einheitliche und möglichst grenzüberschreitende Dokumentation der Gesundheitsdaten schaffen. In diese Dokumentation gehört auch das immer noch unzureichende Krebsregister. Es muss zügig handhabbar und kompatibel gemacht werden.

#### 5.1.4 Sicherung qualifizierter Pflegeberufe

- Wir werden die Rahmenbedingungen für die Qualifizierung von Pflegeberufen an Fachhochschulen verbessern und den Mitarbeitern in den Pflegeberufen damit mehr berufliche Aufstiegschancen eröffnen.
- Wir stellen die Altenpflegeausbildung auf eine solide finanzielle Grundlage. Die Finanzierung der Altenpflegeausbildung muss auf der Grundlage einer Vereinbarung mit allen Beteiligten endlich gelöst werden.

## 5.2 Natur- und Umwelt

### 5.2.1 Natur- und Umweltschutz verpflichtet

Unter der SPD-geführten Landesregierung ist in Rheinland-Pfalz die Umweltpolitik zum Stiefkind geworden.

Umweltverbände, die vor Ort in vielfältiger Weise ihren Beitrag zur Erhaltung und Pflege der Umwelt leisten, wurden zu Haushaltsgesprächen gar nicht mehr eingeladen. Sie werden statt dessen nur noch als lästige Bittsteller angesehen. Naturschutz in Rheinland-Pfalz verkümmert, darüber täuschen auch keine Hochglanzbroschüren der Landesregierung hinweg.

Umweltschutz geht uns aber alle an. Wir alle haben eine Verantwortung für die Erhaltung der Schöpfung. Für uns ist die Stärkung des Umweltbewußtseins auch eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, der sich auch die Politik stellen muss. Dabei sehen wir den Umweltschutz nicht isoliert, sondern in einer Einheit mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

- **Aktive Umweltpolitik muss agieren und nicht reagieren. Wer Umweltpolitik als Reparaturbetrieb begreift, schadet Mensch und Natur, gefährdet unsere Zukunft. Wir wollen, dass Umweltbelastungen erst gar nicht entstehen. Auch darum muss die Vorbildfunktion umweltbewusster Unternehmen, von denen es eine ganze Reihe in Rheinland-Pfalz gibt, deutlicher herausgestellt werden.**
- **Wir werden die Aktiven vor Ort stärken. Ein effektiver Umweltschutz und die Vor-Ort-Verankerung des Umweltschutzdenkens wären in Rheinland-Pfalz ohne das ehrenamtliche Engagement undenkbar. Die Qualität der Entwicklung unserer Umwelt hängt entscheidend von der Einsatzbereitschaft im Ehrenamt ab. Dieses vollzieht sich im Umweltbereich in einer Vielzahl von Initiativen, Vereinigungen, Gruppen, Körperschaften, Verbänden und Organisationen.**

### 5.2.2 Verantwortbare Energieversorgung

Politische Verantwortung gebietet, die Verfügbarkeit von Energie zu erhalten und zugleich die Risiken der Energieanwendung zu minimieren. Das gilt für die Verwendung von fossilen Energieträgern genauso wie für die Kernenergie. Es gilt aber auch für alle zukünftigen Systeme und Technologien, da keine Energiegewinnung, Energiewandlung oder Energienutzung ohne Risiken sind. Untätigkeit wäre allerdings das größte Risiko.

Wir nehmen die Ängste und Sorgen der Menschen hinsichtlich der Energiegewinnung, Energiewandlung oder Energienutzung sehr ernst. Deshalb wird die CDU Rheinland-Pfalz die Fragen und Emotionen der Betroffenen in die Diskussionen einbeziehen.

Internationale Prognosen besagen, dass der weltweite Energieverbrauch bis 2030 gegenüber 1990 um über 50 % zunehmen und sich bis 2050 sogar verdoppeln wird. Um eine solche Energienachfrage decken zu können, werden die fossilen Energieträger und die Kernenergie auch in den kommenden Jahrzehnten die wesentliche Grundlage der globalen Versorgung bleiben. Darauf hat auch die für Energiefragen zuständige EU-Kommissarin hingewiesen und vor einem vorzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie gewarnt. Die erneuerbaren Energien werden den gleichen Prognosen zufolge zwar zunehmen, aber auch dann nicht in der Lage sein, die globalen Zuwächse abzudecken, so dass die herkömmlichen Energieträger bis in die Mitte dieses Jahrhundert gebracht werden. Dabei kommt der Kernenergie sogar eine Schlüsselrolle zu, wenn wir auch international den Grundsatz der Nachhaltigkeit für eine verantwortbare wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung durchhalten wollen.

**Energiegewinnung und Energieverbrauch müssen klimaverträglich gestaltet werden.**

- **Wir werden energiesparende Techniken und die Nutzung alternativer Energien verstärkt fördern, um so den CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch Verbrennung von Kohle, Öl und Gas zu reduzieren. In den Jahren bis 1999 wurden die Haushaltsmittel für regenerative Energien drastisch gekürzt.**
- **Wir wollen die ökologischen Potentiale fortschrittlicher Energietechnologie verstärkt nutzen. Dazu werden wir Energieeinsparung, Energiemanagement und Energieinnovationen verstärkt unterstützen.**
- **Wir wollen erneuerbaren Energien dabei einen besonderen Stellenwert beimessen. Die Debatte um die Einsparung von Energie wollen wir durch regionale, kommunale und private Energiebilanzen neue Impulse verleihen.**

### 5.2.3 Naturschutz und Hochwasserschutz ist Lebensschutz

- **Wir werden ein Förderkonzept zur Umsetzung der lokalen Agenda 21 in Rheinland-Pfalz erstellen, um das Leitbild einer umweltgerechten und nachhaltigen Entwicklung landesweit umzusetzen. Dazu brauchen wir eine Koordinierungsstelle zur Beratung und Förderung, die Erfahrungsaustausch ermöglicht und Informationen und Praxishinweise anbietet.**
- **Wir messen der Schaffung von Überflutungsgebieten zur Wasserrückhaltung und Speicherung besonderer Bedeutung bei. Um den Menschen in hochwassergefährdenden Gebieten zu helfen, werden wir die Konzepte mit den Kommunen und mit den Bürgerinnen und Bürgern und nicht gegen sie umsetzen. Der Hochwasserschutz in Rheinland-Pfalz muss technisch wie finanziell in eine bessere Abstimmung mit dem Bund, aber vor allem mit den**

**Nachbarbundesländern umgesetzt werden. Nur so wird der Ausbau des Schutzes vor Hochwassergefahren in Rheinland-Pfalz verstärkt werden können.**

- **Wir werden in Rheinland-Pfalz einen Hochwasserfonds zur besseren Schadensregulierung bei künftigen Katastrophen einrichten. Dieser soll als Solidaritätsfonds auch auf andere Elementarschäden ausgeweitet werden. Wir werden dabei prüfen, ob und in welcher Form eine private Beteiligung auch unter Einbeziehung von privaten Vorsorgemaßnahmen zur Schadensminimierung bei einem Hochwasser- und Solidaritätsfonds ermöglicht werden kann. Wir werden weiter prüfen, ob die Elementarschadensverordnung nach der Errichtung des Fonds noch weiter gebraucht wird.**
- **Wir werden die Naturschutzgebiete ausweiten, Pflege und Vernetzung voranbringen.**
- **Wir werden den Naturschutz mit und nicht gegen den Eigentümer umsetzen. Dazu wollen wir das Instrument des Vertrags- und Naturschutzes weiterentwickeln.**
- **Wir treten für eine flexiblere und praxisgerechtere Handhabung der landespflgerischen Ausgleichsmaßnahmen ein, die nicht einseitig zu Lasten der Entwicklung einer Region gehen dürfen.**
- **Wir werden weitere Schritte zur Gewässerreinhaltung in die Wege leiten. Damit die Kosten der Abwasserbeseitigung nicht unangemessen weiter steigen, soll nur Abwasser den Kläranlagen zugeführt werden. Oberflächenwasser wird unmittelbar den Vorflutern zugeleitet.**
- **Wir setzen uns für den Aufbau und die Erhaltung naturnaher, strukturreicher Mischwälder, ihre nachhaltige Nutzung im Sinne des Ökosystems sowie ihren Schutz vor den Folgen der Luftschadstoffe ein.**
- **Wir wollen Genehmigungsverfahren gerade im Bereich des Umweltschutzes erheblich beschleunigen. Für Vorhaben mit umweltverbessernder Wirkung soll ein genehmigungsersetzendes Anzeigeverfahren eingeführt werden.**

#### **5.2.4 Abfall ist Rohstoff**

Abfälle vermeiden, bedeutet die Kreislaufwirtschaft stärken. Durch eine konsequente Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft wird auch die Materialeffizienz erhöht. Hierbei kommt die Selbstverpflichtung der Wirtschaft zentrale Bedeutung zu. Rheinland-Pfalz leistet sich als letztes Bundesland diese Bevormundung der Wirtschaft. Die bisherige Praxis der Sonderabfallmanagementgesellschaft (SAM) hat Skandale nicht verhindert, sondern mit hohen Gebühren sogar begünstigt.

- **Wir werden freiwilliges Handeln zu Gunsten des Umweltschutzes durch ein Weniger an staatlicher Kontrolle, z.B. durch die Teilnahme am Öko-Audit, honorieren.**
- **Wir wollen kontrollierte Sonderabfallwege bei hoher Eigenverantwortung und möglichst geringe Gebühren.**
- **Wir werden dem Weg zu mehr Eigenverantwortung der Wirtschaft u.a. in der Sonderabfallwirtschaft in einem ersten Schritt die Andienungspflicht für Verwertungsabfälle abschaffen.**

### **5.3 Kultur braucht Konjunktur**

Kultur offenbart sich inhaltlich und künstlerisch in überaus vielfältiger Weise und mit unterschiedlichsten Arbeitsfeldern und Persönlichkeiten. Grundverschieden sind die Interessen und Inhalte bzw. Themen zum Beispiel bei staatlichen/städtischen Museen und privaten Galerien, bei öffentlich subventionierten Bühnen und privaten Theatern oder Laienspielgruppen, bei Kammer- und Synfonieorchestern oder Chören, bei Kulturvereinen, kirchlichen Kultureinrichtungen, Brauchtums- und Heimatgruppen, Hochschulen, Musikschulen, Medien, in der Soziokultur oder Regionalkultur.

- **Wir wollen, dass der Staat konsequent dort hilft, wo private und kommunale Träger überfordert sind. Auf diese Weise müssen bewährte Kultureinrichtungen wie Theater, Orchester und Museen gestärkt und erhalten werden. Gleichzeitig gilt es, neue Entwicklungen im weiten Feld der Kultur zu fördern.**
- **Wir wollen eine verstärkte Vernetzung und gemeinsames Handeln zwischen freien, kommunalen und staatlichen Kulturträgern.**
- **Wir wollen die regionalen kulturellen Schwerpunkte stärken. Die Förderung der Kultur im ländlichen Raum bedarf besonderer Aufmerksamkeit.**
- **Wir wollen eine bessere Abstimmung zwischen touristischen und kulturellen Angeboten. Nach dem Beispiel des Landesfamilienpasses für Kultur sollen weitere Angebote im ÖPNV und SPNV damit verknüpft werden. Positive Beispiele wie der „Oberrheinische Museums-pass“ müssen – auch über Landesgrenzen hinweg – Schule machen.**
- **Wir wollen altersgemäße Angebote für Kinder und junge Menschen fördern. Sie sind das Publikum von morgen. Deshalb lohnt sich das Engagement für Musik- und Jugendkunstschulen. Und deshalb sind auch die pädagogischen Bemühungen wichtig, wie sie viele Büchereien, Museen oder Theater bereits praktizieren.**
- **Wir wollen Kulturförderung als Wirtschaftsförderung. Dies gilt für Existenzgründungen im Kulturbereich, genau wie bei der Verbesserung der Kultur für Sponsoring, Spenden und Stiftungen.**
- **Wir wollen die Öko-Steuer und die Neuregelung des 630-Mark-Gesetzes wieder abschaffen, um weiteren Schaden von der Kulturszene abzuhalten.**

## 5.4 Sport

Etwa 1,5 Millionen Kinder, Jugendliche und Erwachsene treiben in Rheinland-Pfalz Sport und viele von ihnen stellen sich dem Sport ehrenamtlich zur Verfügung.

Die CDU Rheinland-Pfalz hat sich immer als verlässlicher Partner der Sporttreibenden und ihrer Verbände verstanden und besonders den Breitensport und die ihn tragenden Sportvereine gefördert. Das von der CDU durchgesetzte Sportförderungsgesetz Rheinland-Pfalz ist zum Vorbild für andere Bundesländer geworden.

- **Wir werden das Sportförderungsgesetz novellieren mit dem Ziel, den inzwischen angestauten Renovierungs- und Sanierungsbedarf im Bereich der vereinseigenen und öffentlichen Sportstätten so rasch wie möglich abzubauen.**
- **Wir wollen neue Sportstätten so gestalten, dass durch Schulsport und Vereinssport eine optimale Ausnutzung erreicht wird und auch der Wettkampfsport möglich ist.**
- **Wir wollen den Breitensport besonders in den Vereinen fördern und dafür Sorge tragen, dass der Spitzensport seiner Vorbildfunktion gerecht wird.**
- **Wir wollen den Behinderten- und Rehabilitationssport und den Behindertenspitzensport gleiche Chancen wie dem allgemeinen Sport eröffnen.**
- **Wir wollen den Stellenwert des Schulsports erhalten und stärken. Fehlende Lehrerstellen und veraltete Sportstätten dürfen nicht dazu führen, dass immer wieder Sportstunden gestrichen werden müssen.**

## 5.5 **Gemeinsam leben in Rheinland-Pfalz**

Karl Zuckmayer hat von unserem Land als dem Schmelziegel der Völker gesprochen und damit in positiver Weise das umschrieben, was die Menschen besonders auszeichnet – sie sind weltoffen. Das wollen wir auch bleiben.

Auch heute kommen viele Menschen in unser Land. Manche wollten nur vorübergehend bleiben, andere leben nun schon seit Generationen bei uns.

- Für die Eingliederung und besonders für das Erlernen der deutschen Sprache müssen vom Bund für Spätaussiedler die notwendigen Fördermittel bereitgestellt werden, um das gesteckte Ziel einer vollständigen Integration nicht zu verfehlern.
- Wir werden der Förderung der ostdeutschen Kultur wieder den Stellenwert geben, der ihr von der SPD seit ihrem Regierungsantritt in Rheinland-Pfalz verweigert wird.
- Wir werden in der Landesregierung einen Ansprechpartner für Vertriebene und Aussiedler benennen, der für ihre Anliegen zuständig ist und ihre Interessen vertritt.
- Wir wollen die Integration unserer ausländischen Mitbürger fördern und verbessern. Dazu gehört ein flächendeckendes Angebot zum Deutschunterricht für Mütter und Väter der Kindergartenkinder ebenso wie spezielle zusätzliche Fortbildungsprogramme für ausländische Schüler und Auszubildende.
- Wir wollen den Ausländern, die zurück in ihre Heimat wollen und hoffen, dass sie dort wieder in Frieden leben können, die Rückkehr ermöglichen und erleichtern.
- Wir wollen uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass Deutschland ein Zuwanderungsgesetz nach dem Vorbild anderer Staaten bekommt. Eine ungesteuerte Einwanderung lehnen wir ab.
- Wir wollen den Missbrauch des Asylrechts gerade im Interesse der ausländischen Mitbürger verhindern und beseitigen.
- Von unseren ausländischen Gästen erwarten wir, dass sie unsere Gesetze beachten und nicht missbrauchen. Wer den Aufenthalt in Deutschland nutzt, um Straftaten zu begehen oder den Bürgerkrieg in seinem Heimatland in Deutschland fortzusetzen will, hat sein Gastrecht verwirkt und muss unser Land verlassen.
- Wir werden alle gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um ausländische Rechtsbrecher daran zu hindern, weitere Straftaten in unserem Land zu begehen.

## 6. Wir sorgen für solide Finanzen

**Ein solid Haushalt und solide Finanzen sind die Grundlage für jede gute Landespolitik. In 10 Jahren hat die SPD-geführte Landesregierung soviel Schulden für das Land Rheinland-Pfalz angehäuft, wie alle Vorgängerregierungen in 44 Jahren. Eine Schuldenlast von 40 Milliarden Mark belastet den Etat.**

Trotz dieser Politik des Schuldenmachens wurden keine zukunftsweisenden Investitionen für die Zukunft des Landes umgesetzt. Im Gegenteil, der Straßenbau in Rheinland-Pfalz verkümmert, Forschung und Entwicklung an den Hochschulen stagnieren, die wirtschaftliche Modernisierung des Landes hinkt den bundesweiten Trends hinterher. Deshalb muss Rheinland-Pfalz alle Aufgaben auf den Prüfstand stellen und konsequent Prioritäten setzen. Mit Sparsamkeit wollen wir Handlungsspielraum für die Zukunft gewinnen.

Die CDU tritt für eine Reform der Finanzverfassung ein, die den Bundesländern bei den Einnahmen wie den bei den Ausgaben Selbstverantwortung und souveräne Entscheidungen wieder zurückgibt und eigenständige politische Gestaltungsaufgaben stärkt. Die Einnahmen aus den verschiedenen Steuern sollen Bund und Ländern getrennt zufließen. Die Länder sollen in begrenztem Maß eigenes Steuerrecht erhalten. Die politischen Aufgaben sollen von Bund und Ländern getrennt finanziert werden. Die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern sowie die meisten sonstigen Mischfinanzierungen sind verzichtbar. Dabei soll der Grundsatz gelten, dass der bezahlt, der auch die Gesetzgebungscompetenz hat (Konnexitätsprinzip).

Fast alle Steuergesetze des Bundes bedürfen der Zustimmung der Länder. Deshalb trägt auch die rheinland-pfälzische Landesregierung klare Mitverantwortung für eine Steuerpolitik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Die CDU in Rheinland-Pfalz will an einer Steuerpolitik mitwirken, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genauso wie Selbstständige und Unternehmen von Steuern entlastet.

- **Wir treten ein für eine konsequente Senkung der Einkommensteuertarife und für eine Vereinfachung des Steuerrechtes, um die Konkurrenzfähigkeit besonders unserer mittelständischen Wirtschaft zu stärken, die Nettoeinkommen der Familien zu erhöhen und die Selbstverantwortung für die Zukunftssicherung auch der privaten Haushalte zu stärken.**
- **Die CDU Rheinland-Pfalz fordert die Abschaffung der sog. „Ökosteuer“. Sie ist in höchstem Maße sozial ungerecht und ordnungspolitisch unsinnig. Sie verstößt gegen den Verfassungsgrundsatz der Besteuerung nach individueller Leistungsfähigkeit, denn sie belasten einseitig Familien, Berufspendler, Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Selbstständige und mittelständische Unternehmen. Sie ist ein reines Abkassiermodell und dient in keiner Weise dem Umweltschutz. Spezielle Verbrauchssteuern für Energie sind nicht geeignet, den Verbrauch in berechenbarer Weise zu steuern, da die schwankenden Marktpreise die erhoffte Wirkung ebenso wie die soziale Belastung besonders geringerer Einkommen jederzeit verändern können.**
- **Die CDU Rheinland-Pfalz fordert die Abschaffung der Sektsteuer. Sie wurde einmal zur Finanzierung der kaiserlichen Marine vor dem Ersten Weltkrieg eingeführt. Heute benachteiligt sie die rheinland-pfälzischen Weinbaubetriebe im europäischen Wettbewerb.**

## 7. BÜRGERGESELLSCHAFT VERWIRKLICHEN

### 7.1 *Vom verwalteten Bürger zur Bürgerverwaltung*

**Wir wollen in Rheinland-Pfalz von der Verwaltung der Bürger zur Bürgerverwaltung kommen,**

- **mit mehr Verantwortung vor Ort,**
- **mit gestärkter kommunaler Selbstverwaltung,**
- **mit selbstbewußten Regionen,**
- **mit mehr finanzieller Selbständigkeit für die Kommunen.**

### 7.2 *Mehr Verantwortung vor Ort*

Wir leben in der Bürgergesellschaft, in der Verantwortungsgesellschaft. Nicht allein der Staat und die ihn tragenden Parteien bestimmen was geschieht, sondern die Bürger sollen und müssen mitentscheiden.

Demokratie lebt vom mitmachen: Dafür tragen Männer und Frauen ehrenamtliche Verantwortung. Sie kümmern sich mit Idealismus um die Anliegen der Menschen. Die CDU hat diese Bestrebungen immer unterstützt. Noch nie gab es soviel Demokratie vor Ort wie heute.

**Die CDU hat durchgesetzt, dass die Bürger mehr Einfluss haben:**

- **Durch die Entscheidung, es den Bürgerinnen und Bürgern zu überlassen, wem und wieviel Stimmen sie den Kandidatinnen und Kandidaten der einzelnen Parteien auf den Listen geben. Kumulieren und Panaschieren gehören heute zum politischen Alltag.**
- **Durch die Direktwahl der Ortsbürgermeister, Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte.**
- **Erstmals konnten auch bei der Kommunalwahl 1999 die Ortsvorsteher direkt gewählt werden.**

Auch in Zukunft will die CDU Freiräume für ein Engagement der Bürger sichern, denn gerade Kommunalpolitik lebt von der gemeinsamen Leistung aller Bürgerinnen und Bürger.

- **Wir wollen die Bürger stärker in die Entwicklung und Planung vor Ort einbinden. Dies gilt bei der Entwicklung von Gewerbegebieten ebenso wie bei der Ausweitung eines Wohngebiets.**

### 7.3 *Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung*

Bürokratie und Verwaltung sind kein Selbstzweck. Ihre Aufgabe ist es, das Zusammenleben der Menschen vor Ort zu regeln, soweit dies nötig ist und Freiräume zu lassen, wo dies möglich ist. Wir wollen die Verwaltung zu den Menschen bringen. Dazu muss die Kompetenz vor Ort gestärkt werden.

- **Wir wollen mehr kommunale Selbstverwaltung. Eine Vielzahl staatlicher Aufgaben kann auf die kommunale Ebene verlagert werden. So entsteht Bürgernähe, die heute häufig vermisst wird. Eine entsprechende finanzielle Ausstattung der Kommunen ist dafür unerlässlich.**

- **Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung vor Ort vereinfacht und verbessert wird. Wir wollen, dass Verbandsgemeinden und Städte sowie kreisfreie Städte und Landkreise ihre Aufgaben gemeinsam lösen. Wir werden die interkommunale Zusammenarbeit verbessern.**
- **Wir wollen die Beratung für Unternehmen aus einer Hand. Wir wollen deshalb das Projektmanagement flächendeckend und obligatorisch einführen. Der Projektmanager organisiert von Seiten der Behörden die Vorbereitung der Entscheidungen in bau- und planungsrechtlichen Verfahren. Er sorgt für die zeitliche, organisatorische und fachliche Abstimmung zwischen den Verfahrensbeteiligten, insbesondere zwischen Betreibern, Sachverständigen und Behörden. Er kümmert sich um die verbindlichen Vorgaben von Fristen zur Beteiligung und Stellungnahme.**
- **Wir wollen die Zahl der Gesetze für Verordnungen und Richtlinien auf allen Ebenen zurückführen und so die Bürokratie abbauen. Gelebte Demokratie beginnt von unten, im Gemeinderat, im Stadtrat oder im Kreistag.**
- **Wir wollen das Rathaus ins Wohnzimmer bringen. Bauanträge, Zahlung der Hundesteuer, Einwohnermeldeamt oder Autozulassung sind dann per Computer interaktiv von zu Hause aus zu erledigen. Wir wollen deshalb die Entwicklung und den Einsatz von Programmen zur virtuellen Kommunalverwaltung via Internet fördern.**
- **Wir brauchen das Netz für die Bürger. Wir wollen ein Sonderprogramm für Kreis- und Stadtnetze auflegen. Vor Ort müssen kostenlose Zugangsmöglichkeiten zu den Hochgeschwindigkeitsdatenautobahnen geschaffen werden. Mit Hilfe von schnellen Kreis- und Stadtnetzen ist eine solche Anbindung möglich. Erst dann ist eine flächendeckende Nutzung des Hochgeschwindigkeitsnetzes durch Private, Industrie, Bürgerinnen und Bürger möglich.**
- **Wir werden den Kommunalen Rat stärken. Der Kommunale Rat soll in Zukunft Gesetze nicht nur mitberaten, sondern bei Gesetzen, die die Kommunen direkt betreffen, auch mitentscheiden können. Dazu muss das Gremium von einem Alibiapparat der Landesregierung in ein wirkliches Mitwirkungsinstrument umgewandelt werden. Dazu muss der Vorsitz wechseln. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Kommunalen Spitzenverbände mit der Geschäftsführung betraut werden und der Vorsitzende aus der Mitte des Kommunalen Rates gewählt wird.**

## 7.4 **Wir stärken die Regionen**

Unser Land ist geprägt durch eine vielfältige Natur- und Kulturlandschaft. Die Regionen des Landes, der Hunsrück, die Eifel, die Pfalz, der Rhein oder der Westerwald prägen die Menschen, geben Heimat. Gerade vor einem Hintergrund des globalen Wettbewerbs, der internationalen Konzerne und des immer schneller zusammenwachsenden Europas fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger stärker als je zuvor mit „ihrer Stadt“, „ihrem Landkreis“ oder „ihrer Kommune“ verbunden. Investitionen und Infrastruktur wurden und werden vernachlässigt, der Rückzug der Bahn aus der Fläche nicht verhindert. Diesen Trend gilt es zu stoppen.

- **Wir werden wieder Regierungsbezirke schaffen. Die jetzt erzwungene Verwaltungsreform war schon vom Ansatz her falsch. Der größte Fehler der SPD-geführten Landesregierung war, auf eine Aufgabenkritik zu verzichten, d.h. zu prüfen, ob bestimmte Aufgaben überhaupt vom Staat wahrgenommen werden müssen, oder ob sie von privaten Dienstleistenden nicht besser erledigt werden können. Weiter wurde die Chance vertan, Aufgaben von oben nach unten auf die Kommunen zu verlagern.**
- **Wir wollen eine moderne Bürgerverwaltung. Entscheidungen müssen so nah wie möglich bei den Menschen in den Regionen getroffen werden, von der Behörde, die die Gewähr für einen gerechten Ausgleich bietet. Wir wollen auch in Zukunft eine Mittelinstanz und eine wirkliche Reform der Landesverwaltung.**
- **Jede Region des Landes soll gleiche Chancen haben. Das Regionalprinzip für die Mittelinstanz der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung wird deshalb wieder eingeführt.**

## 7.5 **Wir wollen das Geld in den Gemeinden**

Nach unserer Verfassung sind die Kommunen unmittelbar vom Land abhängig. Das Land ist also im Wesentlichen für die finanzielle Ausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften zuständig. Die Haushalte der Gemeinden werden durch die Kosten von Auftragsverwaltungen und Geldleistungen wie die Sozialhilfe und die Pflichtaufgaben der Kommunen, wie beispielsweise bei der Kinderbetreuung, dem Schulbau und der Schulträgerschaft sehr stark belastet. Nahezu keine bedeutende kommunale Investition ist ohne Zuwendungen des Landes oder anderer Stellen denkbar. Die verantwortliche politische und finanzielle Gestaltung der Gemeinden ist deshalb sehr weitgehend eingeschränkt.

Seit 1992 wurden den Gemeinden, Städten und Landkreisen in Rheinland-Pfalz über 1 Milliarde Mark im kommunalen Finanzausgleich vorenthalten und damit aus der Tasche gezogen. Ein Drittel der Kommunen in Rheinland-Pfalz hat nach wie vor unausgeglichene Haushalte.

- **Die CDU will den Kommunen vor Ort ihre finanzielle Gestaltungsfreiheit zurückgeben. Deshalb fordert die CDU: Wenn das Land Aufgaben den Kommunen überträgt, dann hat das Land in Zukunft auch die notwendigen Gelder bereitzustellen. Die CDU Rheinland-Pfalz steht für das Konnexitätsprinzip, also den Grundsatz: Wer bestellt, bezahlt.**
- **Wir wollen das bisherige System des kommunalen Finanzausgleichs weitgehend durch originäre Einnahmen der Kommunen ersetzen. Die Gemeinden erhalten weiterhin die Grundsteuer und die Gewerbesteuer mit Hebesatzrechten. Die Gewerbesteuerumlage entfällt. Sollte die Gewerbesteuer abgeschafft werden, so ist den Gemeinden eine alternative Steuerquelle zu erschließen. Diese muss drei Bedingungen erfüllen: Sie muss fiskalisch ergiebig sein, ein Hebesatzrecht der Gemeinden zulassen und eine Verknüpfung zur örtlichen Wirtschaftskraft herstellen. Die Gemeinden erhalten darüber hinaus einen bestimmten Prozentsatz des Aufkommens der Einkommensteuer. Dieser bestimmt sich nach dem Bedarf für die gesetzlich aufgetragenen Aufgaben, soweit nicht Kostenerstattung erfolgt. Das Landesrecht kann neben den Hebesatzrechten für die kommunalen Steuern den Gemeinden das Recht einräumen, projektbezogene und befristete Abgaben etwa zur Finanzierung freiwilliger Investitionen zu erheben.**
- **Wir wollen, dass Transferleistungen wie Sozialhilfe, Wohngeld oder Unterhaltsvorschuss, die von den Gemeinden verwaltet werden, auf dem Weg der Kostenerstattung durch die staatliche Ebene finanziert werden, bei der auch die Gesetzgebungskompetenz, insbesondere für Art und Höhe der Leistungen liegt.**
- **Wir wollen, dass durch Bürgerinitiativen oder Ratsbeschluss wichtige kommunale Vorhaben den Bürgern zur Urabstimmung vorgelegt werden können. Das gilt insbesondere dann, wenn diese mit projektbezogenen und befristeten Abgaben finanziert werden sollen.**
- **Wir wollen, dass bei der Übertragung von Aufgaben an die Kommunen (z.B. im Bereich Schulen und Kinderbetreuung) sich der Bund und das Land auf die Festlegung von Rahmenvorgaben und Mindeststandards für die Durchführung beschränken und den Kommunen größere Gestaltungsspielräume überlassen.**

## 8. Europa unsere Zukunft

Die Europäische Union hat mit der Einführung des Euro als einheitlicher Währung einen weltweit einzigartigen Integrationsgrad erreicht. Die zentrale Aufgabe zukünftiger Europapolitik ist die Förderung der Akzeptanz Europas bei den Bürgern. Die allgemein anerkannten Erfolge der Friedenssicherung und der gemeinschaftlichen Wohlstandssicherung stehen scheinbar im Gegensatz zur mangelnden Transparenz europäischer Entscheidungen und deren Umsetzung in den Staaten der Gemeinschaft. Die CDU Rheinland-Pfalz ist die Europapartei und versteht es als ihre Aufgabe an der Verbesserung des Ansehens der Europäischen Union entscheidend mitzuwirken.

Mit der Erweiterung der Gemeinschaft um die Staaten Mittel- und Osteuropas verbinden die Menschen sowohl Chancen als auch Risiken. Hier ist es Aufgabe der Politik, offensiv für die europäische Idee zu werben. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei der Rolle der Regionen in Europa und den institutionellen Reformen der Gemeinschaft.

Für Rheinland-Pfalz gilt es die Chancen zu nutzen, die der schnell zusammenwachsenden Markt von über 300 Millionen Menschen bietet. Um diese Chance für die Menschen in Rheinland-Pfalz nutzbar zu machen, ist es erforderlich, ihnen das nötige Know-How mit auf den Weg zu geben. Der Gedanken der Völkerfreundschaft in einen gemeinsamen europäischen Haus kann nur dann langfristig funktionieren, wenn die Menschen miteinander kommunizieren können und einander kennenlernen.

Vor dem Hintergrund der geographischen Lage unseres Landes in Europa werden wir die bildungspolitische Herausforderung annehmen und die Versäumnisse der bisherigen Landesregierung bei der Fremdsprachenausbildung der Schülerinnen und Schüler im Land ausgleichen. Im Herzen Europas haben die Menschen zukünftig nur dann die besten Zukunftschancen, wenn die Kommunikation mit ihren Nachbarn problemlos möglich ist. Die CDU Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass Städtepartnerschaften auf hohem Niveau erhalten bleiben und wo dies nötig ist, wieder stärker ausgebaut werden.

Die Stellung Deutschlands innerhalb der EU wird gegenwärtig zu wenig für impulsgebende und zukunftsfähige Initiativen genutzt. Weil die Landespolitik ihren Einfluss auf Entscheidungen in Berlin, Brüssel oder Straßburg nicht wahrnimmt, läuft das Land Gefahr, zum einzigen Verlierer des Eingangsprozesses zu werden. Stichworte sind hier die Verringerung der EU-Fördergebietskulisse, die Streichung des eigenständigen Förderziels „Ländlicher Raum“, die Streichung der Gemeinschaftsinitiative KONVER.

- **Wir werden den Weg der Europäischen Einheit konsequent weitergehen. Er bietet für Rheinland-Pfalz große wirtschaftliche, kulturelle und soziale Chancen. Diese werden wir nutzen und die Standortvorteile durch gezielte Strukturmaßnahmen in mehr Beschäftigung und Wachstum ummünzen.**
- **Wir werden unseren Einfluss in Brüssel und Straßburg ausbauen, damit Rheinland-Pfalz in Zukunft eine gewichtige Stimme bei der Verteilung von Fördermitteln hat, im Interesse unserer Menschen in den Regionen des Landes.**
- **Wir werden auf die Erhaltung und Ausweitung der Anwendung der Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit hinwirken. Entscheidungen, die das Leben vor Ort maßgeblich - aber regional unterschiedlich - beeinflussen, müssen so nahe bei den Menschen getroffen werden wie dies nur irgend möglich ist. Gleches gilt für die Festlegung der verwaltungsmäßigen Umsetzung einer Entscheidung. Eine klare Aufgabenabgrenzung zwischen europäischer, nationaler, landesweiter und lokaler Zuständigkeit erhöht die Akzeptanz der Maßnahmen und die Transparenz der Entscheidungen.**
- **Die Wiederherstellung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen zentraler staatlicher Macht und dezentraler Eigenständigkeit der Länder, sowie die Wahrung der Eigenverantwortung der Kommunen liegt im Interesse der Menschen, die als Souverän zukünftig wieder stärker als bisher in die Lage versetzt werden müssen, staatliche Maßnahmen zuordnen und nachvollziehen zu können.**
- **Wir werden die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Regionen, der Landkreise und der Städte verstärkt fördern. Wir brauchen flexible Organisationsformen, die es ermöglichen, dass ein gegenseitiger Austausch und eine enge Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen wie Verkehr, Gesundheitswesen, Kultur und Umweltschutz erfolgen kann.**

- **Wir werden in enger Abstimmung und unter Wahrung der Entscheidungsverantwortung der Regionen eine engere Verbindung zu unseren unmittelbaren europäischen Nachbarn Frankreich, Belgien und Luxemburg knüpfen.**
- **Wir werden grenzüberschreitende Projekte in den Bereichen von Wirtschaft, Fremdenverkehr und Infrastruktur fördern, um Europa mehr Zusammenwachsen zu lassen, aber auch, um die Chancen des Binnenmarktes besser zu nutzen.**
- **Wir werden die Kontakte zu den Ländern Mittel- und Osteuropas weiter ausbauen und unseren Betrieben dort neue Absatzmärkte erschließen.**
- **Wir werden den Informationsfluss zwischen den Regionen einerseits und dem Land durch die Europäische Gemeinschaft andererseits in Gang bringen. Dazu werden Anlaufstellen vor Ort eingerichtet, um Kommunen, Verbänden und Wirtschaft über Förderprogramme und Gesetze der EU auf dem Laufenden zu halten.**
- **Die Einhaltung der Verträge bildet den Maßstab des Vertrauens in das Europäische Eingungswerk. Wahlergebnisse in einem Mitgliedsland, die unter Einhaltung aller demokratischen und rechtsstaatlichen Regeln zustande gekommen sind, dürfen nicht zum Vorwand einer ideologischen Isolationspolitik werden. Ein solches Verhalten missachtet die Souveränität der Mitgliedstaaten und ihrer Bürger, gefährdet den Einigungsprozess und widerspricht dem europäischen Gedanken.**

**Impressum**

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:  
CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz  
Rheinallee 1a-d, 55116 Mainz

Mainz, November 2000